



## Österreich und Deutschlands Zoll- und Handelsvereinigung.

I.

Am 26. Oktober veröffentlichte die Wiener Zeitung einen Entwurf zur Anbahnung der österreichisch-deutschen Zoll- und Handelsvereinigung, welchen man als das Programm des österreichischen Handelsministers anzusehen berechtigt ist. Unter anderen politischen Verhältnissen, als die gegenwärtigen, würde es gestattet sein, sofort in das Materielle dieses Entwurfs einzugehen. Aber die Antecedenten des Rabinets Schwarzenberg, seine beharrlichen und leider erfolgreichen Bemühungen, Deutschland zerrissen und uneinig zu erhalten, wie es war, und seine unerfüllten Pläne, dieses zerrissene Deutschland so zu beherrschen, wie das unglückliche Italien, nöthigen zu dem entschiedensten Mißtrauen und zu der größten Behutsamkeit gegen alle Projekte dieses Rabinets und lassen uns auch bei jenem Altentstehenden Hintergedanken, welche mit der materiellen Frage nichts zu thun haben, verweilen. Nicht ohne ein unheimliches Gefühl kann man die österreichische Regierung von der Einheit und Größe Deutschlands reden hören; so oft sie dies that, hatte sie einen schlimmen Streich gegen diese Einheit im Werke, sie, die auf den Trümmern der deutschen Macht seit Jahrhunderten die ihrige aufgebaut hat. Und ein meisterhafter Streich ist es, die Lockspeise der Zoll- und Handelsvereinigung in diesem Augenblick auszuwerfen, wo die Bemühungen, die deutschen Staaten zu einem Ganzen zusammenzuschließen, an den großen und kleinen Souveränitätsansprüchen und Partikularitäten scheitern, wo, Dank unserer Politik! die Bundesgenossen rechts und links von Preußen abfallen, und wo Oesterreich, nachdem es sein morsches Haus mit Blut gekittet, den alten unseligen Einfluß sich in Deutschland wiederzuerobern den Willen und vielleicht, den Czaren im Rücken, auch die Macht hat. Die süddeutschen Staaten sich anzuschließen, in allen Staaten des Zollvereins seine Wichtigkeit geltend zu machen und die Bande, welche sie mit Preußen zusammenhalten, zu lockern, dies ist der Zweck, welcher die österreichische Regierung bewegt, das Fallen der Zollschranken gerade jetzt in lockende Aussicht zu stellen. Möglich, daß es auch jetzt nur eine Aussicht bleibt, daß, nachdem das Sizilienentwisch gewirkt, und die deutschen Einheitsbestrebungen glücklich am Felsen gestrandet, sich die bekannten „unbesiegbaren“ Hindernisse der Ausführung des Projekts entgegenstellen. Aber wäre es auch der österreichischen Regierung Ernst, und sie wollte in der That, nach Ueberwindung ihrer vier langen Uebergangsperioden — der verwickelte Periodenbau ist nun einmal entschiedene Sache des Fürsten Schwarzenberg — die Zollschranken fallen lassen, so hat sie sicherlich die Absicht, sich theuer dafür bezahlt zu machen. Ob auch nur ungeheure Armeen, welche das Mark des Landes verzehren, die der eisernen Herrschaft widerstrebenden Nationen zusammenhalten, ob auch Silber und Gold aus dem öffentlichen Verkehre immer mehr schwinden; und bald in das Reich der Mythe gehören werden; doch glaubt sich Oesterreich zum Hegemon Deutschlands berufen, und seiner Regierung schwebt am Ende des Altentstehenden, von dem wir sprechen, wieder das monströse mitteleuropäische Reich und Oesterreich als Mittel- und Schwerpunkt des Weltverkehrs vor. Im Uebrigen wird dabei an die baldige Begründung einer wahrhaften handelspolitischen Einheit nicht gedacht. Der Entwurf setzt an das Ende der vierten Uebergangsperiode Ausbildung des gemeinsamen Schifffahrtssystems und Anbahnung der gemeinsamen auswärtigen Vertretung und Handelspolitik. Oesterreich denkt sich also für die nächste Zukunft nach wie vor als Großmacht, Deutschland im Schlepptau, denn selbst ein viel größeres Maß von handelspolitischer Einheit als der Entwurf verspricht, würde, so lange nicht ein bestimmtes politisches Rechtsverhältnis zwischen Oesterreich und den deutschen Staaten zu Stande gekommen ist, den Verband als sehr illusorisch erscheinen lassen. Die Vorpiegelung der Ausbreitung des deutschen Handels nach dem Orient endlich, mit welcher Oesterreich insbesondere die süddeutschen Staaten an sich zu zie-

hen sucht, erledigte sich schon durch das Verhältniß, in welches Oesterreich neuerdings zu Rußland getreten ist, wenn nicht die ganze bisherige Politik Oesterreichs im Orient, die alle unsere Handelsinteressen daselbst auf das Schreckendste vernachlässigt hat, alle solche Hoffnungen als chimärisch erwies. Man muß den Zweck und den Gehalt des ministeriellen Entwurfs wohl unterscheiden. Der Zweck ist, große Hoffnungen zu machen, sich an alle Partikularitäten zu wenden, und so viel deutsche Staaten als möglich von der preussischen Politik zu entfernen. Der Gehalt ist, selbst den besten Fall angenommen, daß der Entwurf ernst gemeint ist, eine finanzielle und Handelsoperation, welche die Nothwendigkeit der österreichischen Regierung auferlegt, und welche sie mit dem Mantel großer Pläne für die kommerzielle Einigung Oesterreichs und Deutschlands geschickt in einem Momente zu bedecken weiß, wo die Waagschale des Haupteinflusses in Deutschland zwischen Preußen und Oesterreich hin- und herschwankt und wo ihr eine jede derartige Konzession und schon die Verheißung von Konzessionen von Nutzen sein kann. Daß Aufhebung der Prohibitivzölle und Erleichterungen in der Besteuerung der eingehenden Fabrikmaterialien gradezu Bedürfnis der österreichischen Volkswirtschaft sind, deutet der Entwurf selbst an. Auch hat sich die Regierung schon öfter genötigt gesehen, Mißbräuchen einzutreten zu lassen, und zwar stets mit dem günstigsten Erfolge für den eigenen Handel. Wir citiren zum Beleg nur den Erlass vom 11. Mai 1848, in welchem Mißbräuch in den Kontrollmaßregeln für Baumwollenwaren angeordnet wird. Aus der Motivierung dieses Erlasses ersieht man, daß zur Zeit als die Baumwollgarne mit einem Zolletrage, der einem Verbote gleichkam, belegt waren, der Schleichhandel mit denselben eine höchst beunruhigende Stufe erreicht hatte, und daß selbst österreichische Fabriken die Einschmuggung von baumwollenen Garnen und Geweben durch falsche Bestätigung unterstützten. Es wurde daher der Garnzoll auf 15 Fl. pro Ctnr. und der Zoll von roher Baumwolle auf 1 Fl. 40 Kr. herabgesetzt. Der Erfolg war auffallend, 1831 waren 6,773 Ctnr., 1833 10,670 Ctnr. weiße Baumwollgarne verzollt worden. 1834 stieg die Verzollung auf 25,658 Ctnr., 1836 auf 64,168 Ctnr. Und noch mehr stieg, zum Zeichen, daß auch die österreichische Spinnerei selbst in Folge der verminderten Zölle gedieh, der Verbrauch der rohen Baumwolle. Er betrug 1831: 101,249 Ctnr., 1834: 146,005 Ctnr. Im Jahre 1836, wo die Folgen der Zollverminderung schon sichtbar waren, hatte er sich auf 207,985 Ctnr. erhoben und betrug 1846 den vierfachen Verbrauch von 1831, nämlich: 447,316 Ctnr., so daß der Gesamtbezug von Garnen und Baumwolle von 108,022 Ctnr. im Jahre 1831 auf 487,779 Ctnr. im Jahre 1846 gestiegen war. Ein ähnliches Verhältniß ergab sich beim Kaffee. Der Eingangszoll von demselben hatte 21 Fl. pro Ctnr. betragen, wurde aber im Juli 1844 auf 12 Fl. 30. Kr. herabgesetzt. Die Verzollung hatte vor 1834 circa 80,000 Ctnr. jährlich betragen, 1834: 82,930 Ctnr., 1843 nach ungemein verschärfter Ueberwachung 119,885 Ctnr. — 1846 nach Herabsetzung des Zolles wiesen die Zollregister 187,518 Ctnr. aus.

Es ergiebt sich aus diesen Beispielen und es wird sich im Folgenden noch mehr ergeben, daß Oesterreich gute Gründe hat, seine Zölle zu ermäßigen, und daß von einem Opfer zu Gunsten des Zollvereins von seiner Seite durchaus nicht die Rede sein kann. Indes die Ermäßigung und mehr noch die Aufhebung der österreichischen Zölle liegt im Interesse beider, und wir hätten demnach alle Ursache, im Interesse unseres Gewerbestandes eine jede Erleichterung des Verkehrs zwischen Oesterreich und dem Zollverein mit Freude zu acceptiren, wenn wir nicht in ihr nur ein Aushängeschild für anderweitige Pläne sehen und sie sehr theuer zu bezahlen fürchten müßten. — Nachdem jedoch diese Bedenken und Befürchtungen ausgesprochen sind, erscheint es uns nichts weniger nothwendig, in das Materielle des österreichischen Entwurfs einzugehen. Die bisherigen Zollverhältnisse Oesterreichs, dies ist gewiß, sind für die Zukunft unhaltbar. Wenn auch durch § 7 der Verfassung aufgehoben, bestand doch bis-

her in Oesterreich selbst ein eigener Zolltarif für Dalmatien, eine Zwischenzolllinie für Ungarn und Siebenbürgen, eine Uebergangszolllinie für die lombardisch-venetianischen Staaten. Nächst der Monopolisirung des Tabakverkehrs, deren projektirte Einführung in Ungarn so viele Schwierigkeiten bereitet, nächst den Prohibitivzöllen für viele industrielle Erzeugnisse ist eine große Anzahl von Waaren ganz außer Handel gesetzt, das heißt, sie dürfen nicht zum Handel, sondern nur zum unmittelbaren Gebrauch solcher Personen, denen eine desfallsige Bewilligung erteilt wurde, gegen Entrichtung einer tarifmäßig bestimmten Eingangsabgabe eingeführt werden. Dazu gehören Seiden- und Halbseiden-, Wollenz-, Leinen-, Hanf-, Posamentir- Galanteriewaaren, Baumwollenwaren außer Bobbinets und Rankings, fertige Kleider, Spitzen, Porzellan, rohes, gegossenes und gewalztes Blei, Eisen, Eisen- und Stahlwaren und eine Menge anderer von geringerer Wichtigkeit. Es ist leicht ersichtlich, daß eine derartige Abspernung der nothwendigsten Verbrauchsgegenstände ein förmlich organisiertes Schmuggelsystem erzeugen muß und ein solches besteht auch auf der ganzen langen Grenzstrecke trotz der enormen Ueberwachungskosten und des Heeres von Zollbeamten in dem Maße, daß die offiziellen Angaben der Ein- und Ausfuhr dadurch sehr illusorisch werden. Das ergiebt allein für Oesterreich aus finanziellen wie aus handelsrücksichten eine hinreichend starke Aufforderung zum Anschluß an den Zollverein. Indes um die möglichen Grundlagen dieser Vereinigung zwischen Oesterreich und dem Zollverein zu ermitteln, muß man vor Allem die Handelsverhältnisse beider, und ihre innern ökonomischen Verhältnisse zusammenstellen. Diese Zusammenstellung zu versuchen wird unsere nächste Aufgabe sein.

## Preußen.

Berlin, 1. November. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Notar Andreas Heinrich Josef Kieger zu Remscheid, dem Prediger Meyer zu Radensleben, im Regierungsbezirk Potsdam, dem Regimentsarzt Dr. Johanning vom 15ten Infanterie-Regiment und dem pensionirten Kreis-Sekretair Conzbruch zu Bielefeld, den rothen Adlers-Orden vierter Klasse; so wie dem Förster Sacher zu Woidnig in der Oberförsterei Bobiele, Regierungsbezirk Breslau, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Die Ziehung der 4ten Klasse 100ster königl. Klassen-Lotterie wird den 8. Novbr. d. J., Morgens 8 Uhr, im Ziehungsloose des Lotteriehausees ihren Anfang nehmen.

Das 37te Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter: Nr. 3180 das Statut des Herrnpöthch-Brandschützer Deichverbandes, vom 2. Oktober d. J.; und Nr. 3181 das Gesetz, betreffend die Aussetzung der Errichtung und Umformung der Bürgerwehren, vom 24. desselben M.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen, von Dessau. — Abgereist: Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien, Freiherr von Schleinitz, nach Breslau.

— Berlin, 1. Nov. [Das große Gut der deutschen Einigung möge sich an das starke Band der materiellen Interessen knüpfen.] Eine große politische Partei Deutschlands hat in den letzten Jahren sehr häufig auf Belgien, als auf einen politischen Musterstaat hingewiesen, dessen Beispiel unsere Nachahmung im höchsten Grade verdiente. Weit mehr als Belgiens politische Institutionen scheint uns aber dasjenige nachahmungswerth, was in Belgien auf sozialem nicht politischem Gebiet geschehen ist und geschieht. Während wir fast alle europäischen Länder in der jüngsten Vergangenheit von politischen Leidenschaften aufgewühlt und gefährdet, während wir jetzt noch alle von ihnen ergriffenen Staaten an den Nachwehen der leidenschaftlichen Politik leiden sehen, bietet uns Belgien eine wahre Dase in der Wüste, ein Bild des Friedens, der Ruhe und Ordnung dar. Woher dieser beneidenswerthe Zustand, der beinahe räthselhaft erscheint, wenn wir bedenken, daß es an Störung mit Gefahren, veranlassenden Elementen, wie Pauperismus, Proletariat, kommunistische Tendenzen,



partielle Uebervölkerung und dergl. in Belgien durchaus nicht fehlt? Wenn die ansteckende Kraft der Revolution in diesem kleinen merkwürdigen Staat zu Schanden wurde, so liegt der Grund von dieser Erscheinung hauptsächlich in dem Vertrauen, welches die arbeitenden und ärmeren Klassen in ihre Regierung setzen, die eifrig bemüht ist ihnen eine Zukunft zu schaffen, indem sie für Arbeit, für Schutz der Industrie und Gewährung der billigen auf die Verbesserung der materiellen Lage des Volkes gerichteten Wünsche sorgt. Die heilsamsten sozialen Reformen sind in Belgien während der Zeit vorgenommen, in welcher der Hader über politische Prinzipien in Deutschland am Mark des nationalen Lebens krebsartig nagte. Möchten wir von Belgien lernen. Es fehlt nicht an Stimmen, welche auf diese musterhafte Seite des belgischen Staates aufmerksam machen, nicht an lauten Wünschen, diesem Beispiele zu folgen und für die materiellen Angelegenheiten des Volkes den Wendepunkt eintreten zu lassen, den man vorzugsweise für die politischen Verhältnisse zu erzielen sich bemüht. Wir finden unter Andern in den gedruckten Mittheilungen des berliner Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen einen höchst lehrreichen Aufsatz über die gewerbliche Aufhülfe der Pienarbeiter und die Lage der arbeitenden Klassen in Belgien, vom geh. Oberfinanz-Rath v. Viebahn. Zu denjenigen schätzenswerthen Bestrebungen aber, welche das große langersehnte Gut der deutschen Einigung an die starken Bande der materiellen Interessen zu knüpfen sich bemühen, rechnen wir die Thätigkeit des unter den Auspicien des Fürsten Felix zu Hohenlohe wirkenden allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit, der auch hier in Berlin in jüngster Zeit Anklang und Theilnahme gefunden hat. Von solchen Bestrebungen dürfen wir uns nur Gutes versprechen und können nur wünschen, daß ihnen die gebührende thatkräftige Unterstützung, sowohl von Seiten der Regierungen als der Industriellen zu Theil werde.

A. Z. C. Berlin, 1. Novbr. [Tagesbericht.] Es bestätigt sich, daß Oesterreich erst jüngst wieder dem preussischen Kabinett durch seinen hiesigen Gesandten Herrn v. Prokesch-Osten eine Note zukommen lassen, worin es sein Mißbehagen über das feste Beharren Preussens auf eine baldige Zusammenberufung des Reichstages ausdrückt und dringend von diesem Plane abräth. (S. unten.) Wie wir aber wiederholt und aus bester Quelle versichern können, ist das preussische Kabinett beharrlich entschlossen, die einmal betretene Bahn unverrückt zu verfolgen und den Reichstag demnächst einzuberufen. — Wegen des heute stattfindenden großen katholischen Festtages „Aller Heiligen“ sind die Sitzungen in den beiden Kammern ausgesetzt. Morgen wird sich die zweite Kammer mit dem sehr wichtigen Gesetz über die Eisenbahnanleihe, die erste Kammer mit Verfassungsrevision und dem Gesetz über die Normalpreise bei Ablösung der Reallasten, beschäftigen. — Seit heute Morgen gehen die Beamten der Polizei in allen Straßen umher, um den sämtlichen Tabagisten und Schankwirthen 2ter Klasse anzukündigen, daß sie um 10 Uhr ihre Lokale zu schließen und die dann noch anwesenden Gäste zu entfernen hätten. Es ist dies eine Maßregel, die außerordentlich empfindlich in das praktische Leben eingreift, da ein großer Theil der unteren Klassen vielfach erst in den spätern Abendstunden die Schanklokale besucht, weshalb selbst unter dem Belagerungszustande die desfallige Bestimmung bald sehr nachschüssig gehandhabt wurde. — In dem großen Rathe des Freubundes ist beschloffen worden, an den Minister des Innern die Bitte zu richten, daß der Professor Kinkel weder begnadigt, noch auch seine Strafe gemildert werde. Da man jedoch später Anstand genommen zu haben scheint, mit einer solchen Bittschrift öffentlich hervorzutreten, so ist dieselbe nur ein Eigenthum des gedachten Rathes der Freubündler geblieben. — Die Agrar-Kommission der zweiten Kammer hat so eben ihren Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Ergänzung und Abänderung der Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 erstattet. Bekanntlich hatte sich in Folge der Ereignisse des vorigen Jahres die Nothwendigkeit herausgestellt, die ganze Agrargesetzgebung des Staats einer Revision zu unterwerfen. Es war deshalb für nöthig erachtet, bis zu jener Revision alle Prozesse zu sistiren, welche ihren Ursprung in solchen Agrar-Gesetzen hatten, die voraussichtlich geändert werden mußten. Zu dem Ende erging das unter dem 9. Oktober 1849 oktroirte, später von den Kammern gebilligte Sistirungsgesetz. Eine Folge dieses Gesetzes war aber, daß eine große Zahl von bereits eingeleiteten Gemeinheitstheilungen zum Nachtheil der allgemeinen Landes-Kultur zurückgelegt werden mußte. Hiernach war es dringend erforderlich, sobald als möglich solche gesetzliche Bestimmungen zu erlassen, welche jene Anstände beseitigten und da sich zugleich vielfach herausgestellt hatte, daß es durch den Fortschritt der Land- und Forstwirtschaft geboten werde, auch noch Andere, wenn auch minder wichtig doch nicht weniger

nachtheilige Lasten und Berechtigungen des Grundeigenthums auf den einseitigen Antrag der Belasteten oder Berechtigten selbstständig zur Ablösung zu bringen, so wurde von der Regierung der Eingangs genannte Gesetzentwurf bei den Kammern eingebracht. Die Agrar-Kommission hat sich mit dem Zweck des Gesetzes vollständig einverstanden erklärt, die einzelnen Bestimmungen desselben jedoch mannigfachen praktischen Abänderungen unterworfen, wie dies bei allen bisher beratenen, eigentlich materiellen Gesetzen geschehen ist. — Man erinnert sich, daß mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des ersten von der Landesvertretung aufzustellenden Budgets vom Abgeordneten Camphausen in der zweiten Kammer der Antrag gestellt und angenommen wurde, die Vorrevision des Staatshaushalts-Etats pro 1849 neuen nach der Verschiedenheit der Verwaltungszweige zu ernennenden Spezial-Kommissionen zu überweisen. Nach der vorgerückten Arbeit in diesen Spezial-Kommissionen sollte durch zwei von einer jeden abzuordnende Mitglieder eine General-Kommission gebildet werden, welche den Staatshaushalt im Ganzen und alle Zweige desselben nach gleichmäßigen Grundsätzen zu prüfen und darüber der Kammer zum Zweck der Plenar-Berathungen Bericht zu erstatten habe. Diese General-Kommission ist nun zusammengetreten und besteht aus folgenden 18 Mitgliedern: Rette, v. Bodelschwingh-Hagen, v. Viebahn, v. Arnim-Barnim, Häfner, Schröder-Pyck, v. Görs, Trendelenburg, v. Griesheim, Sammrath, Pöschhammer, Hesse-Sangerhausen, v. Gärtner, Conzen, Hartmann, v. Harpart, Ulrichs, v. Fock. Die letzten neun sind die Spezial-Referenten der einzelnen Kommissionen. Vorsitzender der General-Kommission ist v. Bodelschwingh, Schriftführer derselben Hesse. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß die Verhandlungen dieser General-Kommission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats zu den wichtigsten und folgenreichsten gehören, welche die Kammern überhaupt darbieten. Sie berühren fast alle Zweige des Staatslebens; ihre Beschlüsse sind von der tiefgreifendsten und folgenreichsten Wichtigkeit für das ganze Land. Wir werden daher in der nächsten Zeit häufigere Mittheilungen daraus machen. — Heute morgen fand Seitens der höheren Stabs-Offiziere bei dem zur Universität nach Bonn abgehenden Prinzen Friedrich Wilhelm, Sohn des Prinzen von Preußen, Abschieds-Cour statt. Auffallenderweise sind jetzt bei unseren Rentiers russische Fonds fast die gesuchtesten unter den Staatspapieren.

A. Z. C. Berlin, 1. Novbr. [Eine politische Jahresfeier.] Gestern Abend fand im „Hotel de Russie“ eine sehr beachtenswerthe politische Abendgesellschaft statt. Es war der Jahrestag des 31. October, an welchem im verfloffenen Jahre in diesen selben Stunden über den denkwürdigen Waldeck'schen Antrag, der Wiener Demokratie zu Hülfe zu ziehen, im Concerfsaal des Schauspielhauses verhandelt und beschloffen wurde, während drohende Volksmassen bei Fackelschein die Thüren des Hauses besetzt hielten, die sie zum Theil zugunagelt hatten. Von Mitgliedern der ehemaligen Rechten der National-Versammlung war der Gedanke angeregt, diesen für sie einst so drangvollen Abend, an welchem man sie bekanntlich mit Stricken an die Laternen zu hängen gedacht hatte, gegenwärtig in Form eines Erinnerungs-festes zu begehen, welches zugleich dazu dienen sollte, sie in ihrer heutigen Stellung für die Zukunft neu zu stärken. Es hatte sich zu dem Ende ein Festkomitee gebildet, welches die Mitglieder der Rechten der Nationalversammlung auf gestern Abend zu einem Festmahl im Hotel de Russie eingeladen hatte. Etwa 50 Personen hatten sich eingefunden. Man erblickte darunter sämtliche gegenwärtig in den beiden Kammern fungirende Mitglieder der ehemaligen Rechten der Nationalversammlung, namentlich die Abgeordneten. Wilde, v. Brünne, beide Auerwald's, Hesse, Riedel, Bauer-Berlin, v. Meusebach u. A. Es fehlten nur diejenigen, welche jetzt die Bänke der äußersten Rechten zieren, wie z. B. v. Kleist, v. Schweinik, Walter von Bonn u. c. Außerdem hatten sich mehrere für die Kammern nicht wieder gewählte frühere Abgeordnete von hier und auswärts eingefunden, wie z. B. Sydow von Berlin, Zacharia von Stettin, Köhler von Götting, Schmidt v. Deeslow u. s. w. Hansemann fehlte Krankheits halber. Das Mahl begann unter v. Brünne's und Wilde's Vorsitz und der geistige Theil wurde mit einer Verlesung des stenographischen Berichts der Abend-sitzung v. 31. Okt. eröffnet. Reden und Trinksprüche folgten nach, unterbrochen von musikalischen Aufführungen. Fassen wir den ganzen Charakter des Festes, um nicht in zu großes Detail einzugehen, hier zusammen, so war die Stimmung eine unverkennbar misanthropische, ja eine tief gedrückte und düstere. Es wurde in vielfachen Reden ausgesprochen, daß die gegenwärtigen Zustände sich keineswegs in dem Grade zum Besseren gewandt hätten, daß sie irgendwie als hoffnungsberechtigt erschienen. Man habe vor Jahresfrist unter ganz anderen Hoffnungen und Erwartungen der Straßendemie die

Stien geboten, als man jetzt noch hegen dürfte. In eben so zahlreichen Reden wurde aber auch hinzugefügt, daß man sich in dem Entschluß und dem Gelübde befestigen wolle, so fest und männlich, als man damals gegen den Absolutismus empörter Volkshäufen gestanden, auch jetzt und künftig jedem andern Absolutismus die Stien zu bieten. Man sei dazu berufen, ein Vorbild der unerschütterlichen Entschiedenheit zu geben, mit welcher man an den unveräußerlichen Rechten des Volkes festhalte, wie auch die Zukunft sich gestalte. In einem Punkte erklärte man sich mit der Regierung einverstanden, in ihrem festen und kraftvollen Gange in der deutschen Frage, in welchem man sie auch ferner nachdrücklich unterstützen wolle, gewissermaßen zur eigenen Freude und Befriedigung in den trüben inneren Zuständen. Alle diese Aussprüche mußten nach dem lebhaften ihnen gezollten Beifall als der einstimmige Ausdruck der Versammlung gelten. Eben so lebhaft wurden die Trinksprüche auf die „oft verkauften und vielfach geschmähte und doch um das Vaterland unendlich verdiente Rechte der National-Versammlung“ ferner auf den ersten und letzten Präsidenten der National-Versammlung, den Abg. von Brünne, auf die rechte Mitte, auf den Abg. Sydow, als einen festen deutschen Mann und Andere ausgebracht. Auch einige komische Klänge, der Bedrängniß im Schauspielhause entnommen, suchte man in die Stimmung des Abends zu verflechten; indeß war das Empfängniß dafür geringer. Das Fest dauerte bis lange nach Mitternacht. — Wir schlagen die politische Bedeutung desselben allerdings hoch an, wenn wir erwägen, daß die Theilnehmer sämtlich aus Männern bestanden, welche der Regierung in der National-Versammlung blindlings folgten und deren konservative Haltung damals einzig und allein den Staat rettete. Wie sehr man dies seiner Zeit höher und höchsten Orts anerkannte, das beweist ein Kabinetsschreiben, welches der König unter dem 6. Dezember v. J. an den Alterspräsidenten der aufgelösten National-Versammlung, Herrn v. Brünne, richtete und worin er der Rechten seinen wärmsten Dank für die unerschütterliche Treue aussprach, welche sie ihm und dem Vaterlande, zur Rettung beider, bewahrt hätten. Dies Schreiben ist lithographirt vertheilt, aber aus Jartgefühl nicht weiter veröffentlicht worden. Alle die Männer, welche es anging, sitzen jetzt auf der Linken, alle sie sind jetzt Steuerverweigerer im neuesten Sinne des Wortes geworden, alle sie sprachen bei einem öffentlichen Erinnerungsmahle ihre trüben Zweifel aus und legen gleichsam ein öffentliches Gelübde gegen die Regierung ab! Sehr charakteristisch war in dieser Beziehung die Vorlesung der Rede Waldeck's im stenographischen Bericht. Man erkannte deutlich, wie Niemand mehr den Muth hatte etwas dagegen zu äußern, wie vielmehr die Mehrheit der Anwesenden das innere Gefühl hegte, der Mann habe doch nicht so gar unrecht gehabt. In dem stillschweigenden Ausdruck der Versammlung bei dieser Scene lag ihre inhaltsschwerste Bedeutung! — Auf den Tribünen des Saales erblickte man, so weit der geringe Raum reichte, ein aufmerksam zuschauendes Publikum.

[Eine neue österr. Note.] Wie wir hören, ist eine österr. Note hier eingegangen, in welcher in fast empfindlicher Weise darüber Klage geführt wird, daß Preußen durch die beabsichtigte vorläufige Zusammenberufung des Reichstages den Weg zur Verständigung mit Oesterreich gleichsam abschneide. In der Note werden auch einzelne in dem deutschen Verwaltungsrath gefallene Aeußerungen als vom österreichischen Kabinett sehr mißliebig aufgenommene vermerkt. Vor Allem aber weist die in Rede stehende Note darauf hin, daß Preußen durch den zusammenuberufenen Reichstag der besiegten Demokratie ein neues Feld für ihre verderbliche Wirksamkeit eröffne. Das österreichische Kabinett sehe sich daher wegen der alten freundschaftlichen Beziehungen Oesterreichs zu Preußen um so mehr aufgefordert, auf die den preussischen und deutschen Ländern dadurch berehenden Gefahren dringend aufmerksam zu machen. So viel wir erfahren, wird Preußen sich durch diese österreichische Note nicht abhalten lassen, auf der betretenen Bahn zur Erreichung des von der Nation gewünschten hohen Zieles rüstig und ohne Wanken voranzuschreiten. Da das preussische Kabinett mit voller Zuversicht darauf rechnet, daß die konservativen Kräfte in Preußen und den verbündeten deutschen Staaten bei den bevorstehenden Wahlen Alles aufbieten werden, daß der zu berufende Reichstag aus solchen Bestandtheilen zusammengesetzt sei, welche für eine gedeihliche und dauerhafte Wirksamkeit des Reichstages Bürgschaft leisten.

(Börs. Z.)

Auch die neue preussische Zeitung bestätigt: daß beim Ministerio eine österreichische Note eingegangen, welche Bedenken gegen die baldige Berufung eines Reichstages geltend macht. — Se. Maj. der König at zur Wahrung seiner Rechte als Agnat einen Protest gegen die in Mecklenburg-Schwerin verläu-



bete Verfassung eingelegt. Auch soll, wie es heißt, preussischer Seite ein ernstes Bedenken dagegen geltend gemacht werden, daß die mecklenburgischen Truppen auf diese Verfassung vereidigt werden. — Von den Landwehr-Offizieren, welche aus Baden zurückkehrten, haben sich viele zum weiteren Dienst bei den Linien-Regimentern gemeldet. Es wurde dies je och nur wenigen gestattet, und in Folge einer neuen Verfügung, müssen auch diese noch in diesem Monat austreten. — Neulich berichtete die „Deutsche Reform“ über eine geheimnißvolle Geschichte, nämlich über den Selbstmord eines Apothekergehilfen, der sich durch Blausäure vergiftet haben und auf dessen Schreibtisch ein Brief gefunden sein soll, der eine furchtbare Verschwörung enthülle. Wir glauben folgende, allerdings nur unvollständige Mittheilungen darüber, als zuverlässig machen zu können. Ein Brief der gedachten Art ist gefunden und sofort sekretirt worden. Derselbe enthält Andeutungen über eine Verbindung mit verbrecherischen Zwecken, aber so andeutender und ungenügender Art, daß Wenig daraus zu machen gewesen sein soll. Anderweit will man doch in Erfahrung gebracht haben, daß der Verstorbene Mitglied einer Verschwörung gewesen, in welcher plötzlich ein anderes Mitglied Neue empfunden und dringend und drohend zur Umkehr gemahnt habe. Ersterer habe daraus die Ueberzeugung gewonnen, es werde nun Alles verrathen werden und aus Furcht vor den Folgen sich selbst um's Leben gebracht. Gleichzeitig sollen dann andere Andeutungen verschiedener Art von neuen zu erwartenden Erhebungen bei den Behörden eingelaufen sein und es ist sehr wahrscheinlich, daß die neueste Polizeimaßregel damit zusammenhängt, welche nämlich dahin geht, daß alle Gasthäuser zweiten Ranges um 10 Uhr Abends geschlossen sein müssen. Die Gastwirthe wollen einmüthig um Aufhebung dieser Maßregel einkommen, weil sie sonst ruiniert wären. — Als gewiß können wir berichten, daß in den höchsten Kreisen die Besorgniß vor gewaltsamen Explosionen sowohl hier als im Großherzogthum Posen sehr bedeutend ist, wenn schon sich schwer begreifen läßt, woher dieselben jetzt kommen sollen. (A.Z.C.)

C. B. Militärische Kreise unterhalten sich viel von bevorstehenden Aenderungen in der Organisation der Landwehr. Dem Vernehmen nach würden diese im Wesentlichen darin bestehen, daß jedes Bataillon zu einem Cadre zusammengezogen werden soll, zu welchem jede Compagnie vorläufig einen Stamm von 25 Mann zu stellen haben wird. Jedes Cadre würde dann eine Stamm-Compagnie von 100 Mann bilden, von welchen jede 6 Wochen 30 Mann entlassen und durch neu einzuziehende 30 Mann ersetzt werden sollen. Später soll eine Verstärkung der Cadres auf 200 Mann erfolgen und eben so der sechsöchentlichen Wechsel sich auf je 60 Mann erstrecken. — Die Verhandlung des Waldeck'schen Prozesses wird am 17ten stattfinden. Die Anklageschrift umfaßt etwa 90 Folio-Bogen.

C. C. Die Stadtverordneten der Stadt Halle haben den Kammern Bemerkungen überreicht zu dem vom Ministerium vorgelegten Entwurf der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung. Sie erklären sich gegen den Provinzialverband, folglich auch gegen die Provinzialversammlungen und meinen, daß die Provinzialangelegenheiten weit passender theils den Bezirksverwaltungen, theils der Centralverwaltung überwiesen werden könnten.

Posen, 31. Okt. Unsere städtischen Behörden bereiten eine neue Petition an die Kammern gegen die Einführung der Einkommensteuer und die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer vor. (Pos. Z.)

Eberfeld, 30. Oktober. [Ereffe.] Am verwichenen Sonntage, den 28. d., kam es zwischen Soldaten und Bürgern in einem hiesigen Wirthshause zu einer Schlägerei, die blutig endete und Verwundungen absah, an welchen ein Soldat noch gefährlich daniederliegt. Der Vorfall ist um so mehr zu bedauern, da er in dem Unwillen einiger anwesenden Bürger in jenem Wirthshause, über die unnütze, die Mehrzahl der Bürger hart drückende Einquartierungslast, seinen Ursprung gefunden haben soll. Die Mehrzahl wohl hoffen beim Abzuge der bis zum 26. d. hier einquartierten Soldaten, von diesem Drucke befreit zu sein, jene Bürger sollen nun das Einrücken einer anderen Compagnie getadelt, dann in derben Wortwechsel mit Soldaten gerathen und endlich so weit gekommen sein, daß der Soldat von seinen Waffen und die Bürger von den Messern Gebrauch machten. — Hoffentlich wird die Scene den Gemeinderath zur Einsicht bringen, und die Aufhebung der schweren Contribution endlich herbeiführen. (Eberf. Z.)

Münster, 31. Oktober. [Paderborn.] Die heute eingetroffene Westf. Zeit. bestätigt die Mittheilung, daß die Ruhe zu Paderborn nicht weiter gestört worden ist. Am 29. theilte das Militärcommando dem Magistrat mit, daß es den Husaren nun wieder gestattet sei, bis 9 Uhr Abends außer der Kaserne zu bleiben und daß Militär-Patrouillen bis 9 1/2 Uhr die Straßen durchziehen, um jeden Soldaten, der sich etwas zu Schulden kommen läßt, sofort nach der Ka-

serne zu schicken, erforderlichen Falls zu arretiren — daß sie die Civil-Personen, welche die Patrouillen beschimpfen oder gar thätlich gegen sie werden würden, arretiren und nöthigenfalls von den Waffnen Gebrauch machen könnten. — Am 30. um 1 Uhr Nachmittags sind circa 100 Mann Kuirassiere aus Lipptadt zu Paderborn eingetroffen und mit ihren Pferden bei den Bürgern einquartirt worden. (Westf. M.)

## Deutschland.

Frankfurt a. M., 29. Okt. [Tagesbegebenheiten.] Der Erzherzog Reichsverweser ist wieder hier eingetroffen. — Der Erzherzog Albrecht und der Prinz v. Preußen haben heute unsere Stadt wieder verlassen. Letzterer ist nach Karlsruhe abgereist. Erzherzog Albrecht fuhr Vormittags um 11 Uhr nach Mainz zur Uebernahme des fünfjährigen Gouvernements dieser Reichsfestung ab. Das Reichskriegsministerium hat verfügt, daß der Empfang des Erzherzogs Albrecht in solennster Weise statifinde. Bei der Ankunft des Erzherzogs werden alle Kanonen der Festung abgefeuert werden. Der neue Gouverneur wird gleich bei Uebernahme seines Amtes eine ernste Differenz zu erlebigen haben. Während er selbst der provisorischen Centralgewalt von Deutschland seine Verpflichtung als Gouverneur der Reichsfestung Mainz zustellte, weigerte sich der preussische Kommandant, welcher nun in dieser Reichsfestung nach bundesmäßiger Vorschrift in Funktion treten soll, seine Verpflichtungsurkunde für die Centralgewalt auszufertigen. Der Gouverneur Erzherzog Albrecht wird die Rechte und die Würde des Reichsverwesers nicht beeinträchtigen lassen. — Das preussische Kabinet soll wirklich die in unserer gestrigen Mittheilung erhobenen Ansprüche in Betreff der dem Dreikönigsbündnisse beigetretenen Staaten erhoben haben. Von Seiten Oesterreichs konnte aber demselben um so weniger Folge gegeben werden, da sie in dem wiener Vertrage vom 30ten Sept. in keiner Weise vorgegeben sind, Oesterreich vielmehr Alles vermieden hat, was nur irgend eine Anerkennung jenes Sonderbundes würde voraussetzen lassen können. Die Zustimmungen der deutschen Einzelstaaten zu der auf den wiener Vertrag begründeten Einsetzung der interimistischen Bundeskommission in Frankfurt werden nun rasch erfolgen, so daß die Konstituierung dieser Centralbehörde sicher in der ersten Hälfte des nächsten Monats zu erwarten stände. Die offizielle Zustimmung Württembergs zu dem wiener Vertrag ist bereits erfolgt. (D. A. Z.)

Mainz, 29. Oktober, Nachmittags 2 Uhr. [Erzherzog Albrecht.] So eben langte unter dem Donner der Geschütze Sr. kaiserl. Hoheit der Erzherzog Albrecht hier an und begab sich sofort nach dem Schloßplatz, wo die sämmtliche Garnison hiesiger Reichsfestung in Parade aufgestellt war, und wo die Uebergabe der Gouvernementswürde, Namens Sr. königl. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Preußen, durch den bisherigen Vicegouverneur, Generalleutnant v. Hüfer, in die Hände Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzogs Albrecht geschah. Ebenso nahm der königl. preuss. Generalmajor v. Schack aus den Händen des k. k. österreichischen Feldmarschalllieutenants Baron v. Jeker den Posten als Festungskommandant entgegen. Nach beendigter Uebergabe sprachen Sr. kaiserl. Hoheit dem bisherigen Vicegouverneur, sowie dem Hrn. Festungskommandanten, in Gegenwart der sämmtlichen Truppen, ihren Dank für die bisher bewiesene Treue und Loyalität in Erfüllung ihrer Berufspflichten als obere Behörden des hiesigen wichtigen Kriegesplatzes aus. Die Truppen defilirten sodann an Sr. kais. Hoheit vorüber. (D. P. A. Z.)

München, 29. Okt. [Die Kammern.] Wie man uns versichert, soll nun doch ein kleiner Theil der seitherigen Majorität, worunter einige frühere Mitglieder der Nationalversammlung zu rechnen wären, beabsichtigen, in der deutschen Frage mit der Linken zu gehen, was bei dieser Frage zwar ohne Belang, für spätere Verhandlungen jedoch nicht unwichtig sein dürfte. Zu gleicher Zeit taucht wieder das Gerücht von einer Vertagung der Kammer auf, um eine momentane Geldersparniß zu erzielen und Gelegenheit zur Ausarbeitung der in Aussicht gestellten Gesetzentwürfe zu finden. Ob eine Vertagung unter den jetzigen Umständen rathlich wäre, dürfte nicht schwer zu beantworten sein. — Die Minorität soll, wie ich höre, keineswegs gesonnen sein, den Amnestiegesetzentwurf zurückzuweisen, wie öffentliche Blätter vor nicht langer Zeit mittheilten. Im Klubb der Linken soll sich vielmehr eine bedeutende Mehrheit vorläufig dahin ausgesprochen haben, daß das von der Regierung Gebotene anzunehmen sei. Dagegen will man versuchen, eine Erweiterung der Amnestie im Wege der ständischen Initiative durchzusetzen. (M. C.)

Stuttgart, 30. Oktober. [Das neue Ministerium] ist gestern schon speziell angezeigt worden, heut giebt der „Schwäbische Merkur“ die amtliche Bestätigung mit dem Hinzufügen, daß die vormärzlichen Staatsminister v. Herdegen und v. Schlager, unter Beibehaltung ihrer verfassungsmäßigen Pensionen, auf die ihnen als wiederberufenen Departements-

Ministern zustehende Besoldung verzichtet haben. \*) Der „Stuttgarter Beobachter“ meint, daß Römer seine Entlassung nicht erbeten, sondern erhalten habe. Die „D. P. A. Ztg.“ läßt sich schreiben, daß die Veranlassung zu dem freilich lange vorhergesehenen, und doch nicht so früh erwarteten Ministerwechsel sich jetzt einfach daraus ergebe, daß Staatsrath Römer nicht im Stande gewesen ist, ein der Krone zuzugendes Ministerium zu bilden, eben so wenig aber seine bisherigen Genossen zur längern Fortführung der Ministergeschäfte hat bewegen können. Die „Deutsche Ztg.“ meint, daß der neue (wir müssen immer wieder daran erinnern vormärzliche) Minister-Präsident für Preußen nicht sehr günstig gestimmt sei, doch neige er sich auch nicht zu Oesterreich. Wir lassen das dahin gestellt und lassen die neuen Minister zunächst selbst reden, welche im „Schwäb. M.“ eine Art Programm „an unsere Mitbürger in Württemberg“ richteten. Wir entnehmen daraus Folgendes:

Die außerordentlichen Ereignisse der jüngsten Zeit haben — es ist wahr — manchen Samen des Besseren ausgesäet, leider aber — auch in unserem engeren Vaterlande, die Elemente der Ordnung aufs Tiefste erschüttert. Wir betrachten es für unsere Aufgabe, einestheils die Säen des Bessern mit Sorgfalt zu pflegen, insbesondere zu Herstellung der Einheit und Freiheit Deutschlands nach Kräften mitzuwirken und unsere Landes-Verfassung im Sinne der Grundrechte der deutschen Nation weiter zu entwickeln, anderntheils das gesunkene Ansehen der Gesetze und Behörden wieder herzustellen, die so bedeutend geschwächte Regierungsgewalt, ohne deren Stärke die gesetzliche Freiheit und Ordnung nicht bestehen können, wieder zu kräftigen und eben damit das öffentliche und Privatvertrauen, die Lebensbedingung der Gerechtigkeit und des Handels, wieder mehr und mehr zu wecken und zu befestigen. — Besonders nachtheilig und zerstörend haben die Verhältnisse auf die Lage der Finanzen unseres Staates eingewirkt. Das Etatsjahr 1845—46 hat ein Defizit von ungefähr 5 Millionen gezeigt, und wenn auch hiezu außerordentliche vorübergehende Ausgaben mitgewirkt haben, so ist doch der weit größte Theil desselben als nachhaltig anzusehen, und es sind die ordentlichen Einnahmen der Staatskasse zur Deckung ihrer ordentlichen Ausgaben um mehrere Millionen nicht zureichend, so daß zu Herstellung des unerlässlichen Gleichgewichts zwischen beiden unabweisbar zu Auflegung neuer Steuern geschritten werden muß. Es ist daher nur um so stärkere Verpflichtung der mit der Staatsverwaltung Betrauten, unter Berücksichtigung der von der Regierung bereits zugestandenen Ausgabebeschränkungen auf jede Vereinfachung im Staatsorganismus, die zu Abkürzung des Geschäftsganges oder zu Kosten-Ersparnissen führt, bedacht zu sein. — Wir werden mit Genehmigung Sr. Majestät des Königs demnach zu der Einberufung der nach dem Gesetze vom 1. Juli d. J. gewählten Landesversammlung schreiten und derselben über dringende Abänderungen der Landesverfassung, so wie über die Ersetzung des am letzten Landtage der Finanzverwaltung zur Verfügung gestellten Papiergeldes durch andere weniger bedenkliche Mittel Vorlagen machen, und ihr, bis ein genügend begründeter ordentlicher Finanz-Etat dargelegt werden kann, die vorläufige Verlängerung der laufenden Steuern bis zum Schlusse des gegenwärtigen Etatsjahres anstatten; bis wohin wir auch die Fortdauer des in dem jüngsten Etatsjahre bewilligten Nachlasses an der Civilliste nach besonderer höchster Ermächtigung Sr. königlichen Majestät versichern dürfen.

Dresden, 31. Oktober. [Die Abgeordneten] zu dem auf gestern einberufenen Landtage sind gestern nur in sehr geringer Zahl eingetroffen; es waren bis Abend im Ganzen inklusive der Mitglieder der Einweisungskommision 32 Abgeordnete angemeldet, von denen sieben der ersten Kammer und 25 der zweiten Kammer angehören. Die Eröffnung des Landtags dürfte kaum vor dem 10. Nov. stattfinden. (D. A. Z.)

Kassel, 30. Okt. [In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung] zogen die Herren Henkel und Bayrhorff ihre Anträge in der Sitzung vom 26. d. Mts., der eine auf Bekräftigung des Zutritts zum Berliner Bündniß, der andere auf Rücktritt von demselben, zurück, letzterer unter Begründung seines Antrags, um bezüglich des vorgelegten Gesetzes für die Reichstagswahlen darauf zurückkommen zu können. Auch Herr Göster zog einen heute gestellten Antrag auf Vorlage der bezüglichlichen Aktenstücke wieder zurück und Hr. Weinzierl stellte eine Anfrage an die Landtagskommission bezüglich der Einführungsgefeße behufs der zu Frankfurt beschlossenen Grundrechte. (K. A. Z.)

Köthen, 30. Oktober. [Landtag.] Die Regierungsform ist die demokratisch-monarchische. „Alle Gewalten gehen vom Volke aus.“ Dies das Resultat der heutigen Sitzung des vereinigten Landtages, unstreitig der interessantesten, welche der Landtag in der diesmaligen Diät gehabt hat. Beide Parteien schickten nach und nach alle ihre Kämpfer ins Feld. Am schwächsten war heute der Minister Göstler, der die ministeriellen Anträge auf Wegfall jener beiden Paragraphen zu vertheidigen suchte; wie konnte dies aber auch anders sein, da gerade das frühere Ministerium, dessen Mitglied Göstler war, jene Paragraphen, namentlich den § 4: „Die Regierungsform ist eine demokratisch-monarchische“, selbst eingebracht hatte. Der Antrag der Kommissions-Minorität, die beiden §§ 4 und 5 in Einen zu fassen: „Die Regierungsform beruht auf dem Prinzip einer

\*) N. B. Die vormärzlichen Pensionen betragen nämlich mehr als die gegenwärtigen sehr niedrigen ministeriellen Gehalte.



verfassungsmäßigen Theilung der Gewalten zwischen Fürst und Volk", dem sich das Ministerium angeschlossen, wurde mit glänzender Majorität von 30 gegen 14 Stimmen abgeworfen; eben so der hierauf zur Abstimmung gebrachte eventuelle Antrag jener Minorität, den § 4 in folgende Fassung zu bringen: "Die Regierungsform ist die monarchische, unter Mitwirkung des gesammten Volkes durch seine verfassungsmäßigen Vertreter", mit 34 gegen 10 Stimmen, und der beantragte Wegfall des § 5 mit 27 gegen 16 Stimmen abgeworfen. Das Resultat der jedesmaligen Abstimmung wurde unter allgemeinem Beifall der Versammlung so wie der Gallerien aufgenommen.

(D. A. Z.)

### Oesterreich.

N. B. Wien, 1. November. [Tagesbericht.] Die von den heutigen Blättern mitgetheilte neue Eides-Formel für die Staats-Beamten zeichnet sich durch würdige, umfassende und klare Fassung besonders aus. — Der neu zu oktroyirenden Gemeindeordnung für Wien sieht man entgegen. — Die Sicherheits-Behörden sind ermächtigt worden, häusliche Untersuchungen auch ohne Ermächtigung in folgenden Fällen vorzunehmen: 1) Im Falle der Verfolgung auf frischer That; 2) Bei öffentlichen Lokalitäten, wenn Haus- und Wohnungsinhaber die Durchsuchung verlangen; 3) Bei vorhandenen Anzeigen, daß Werkzeuge, womit das Verbrechen verübt wurde, oder davon herührende Gegenstände im Hause verborgen sind; 4) Bei Aussagen eines glaubwürdigen Zeugen, des Thäters oder eines Mitschuldigen. — Heute wurde das erste Heft des Reichsgesetz- und Regierungsblattes in allen zehn, im Kaiserthume üblichen Landessprachen in Wien ausgegeben und versendet. — Ein heute kundgegebenes Patent betrifft die Einführung des allgemeinen Grundsteuer-Katasters und eines dormal eintretenden Provisoriums für Croatien und Slavonien in derselben Art und Weise, wie solches bereits für Ungarn und Siebenbürgen erfolgt ist. Doch werden für die bis zum Jahre 1848 befreiten Besitzler und Einwohnerlassen besondere Verordnungen erlassen. — In ihrem halböffentlichen (nicht amtlichen) Theile enthält die heutige Wiener Zeitung eine ausführliche Darlegung des kriegsrechtlichen Verfahrens, woraus das Todesurtheil über den Grafen Batthyany erging. Es geht unter anderen daraus hervor, daß derselbe an der in Wien stattgefundenen Katastrophe des 6. Oktobers vorigen Jahres als Theilnehmer schuldig befunden worden sei, indem er dem Puleky Geldmittel zur Gewinnung der Sympathien in Wien für Ungarn zur Verfügung stellte. Auch sei er durch Zeugen überführt worden, am 7. Oktober einem seiner Bekannten in Oedenburg die Ermordung Latours, als ein für ihn erfreuliches Ereigniß mit den Worten mitgetheilt zu haben: „Weißt Du schon, der Hundsfott Graf Latour hängt bereits; nun stehen unsere Aktien in Ungarn besser.“ Die leitende Idee in diesem Aufsatze ist jedoch, daß Batthyany die ungarische Empörung höchst wirksam unterstützt und gewissermaßen repräsentirt hat. — Alle Mitglieder des Debrecziner Konvents werden ohne Ausnahme eingezogen, auch jene, welche schon gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt waren. Mehrere derselben haben sich freiwillig dem Kriegsgerichte in Pesth gestellt. Bemerkenswerth ist es, daß keiner von ihnen am 14. April in Debreczin zugegen gewesen sein will und fast alle durch Zeugen ihre damalige Abwesenheit zu beweisen suchen, was sich wohl daraus erklärt, daß der 14. April in die Osterwoche fiel, welche die meisten Deputirten zu Urlaubsreisen benutzten und auch die damalige Unabhängigkeitserklärung nur mit 83 Stimmen beschlossen ward. Unter denen, welche sich freiwillig stellten, befindet sich auch der Wechsel-Gerichtsadvokat Mayeresak aus Preßburg, der Deputirter für den Bezirk der Arva war. Man glaubt, daß sein Loos minder hart ausfallen wird, weil seine Fürbitte dem in Debreczin zum Tode verurtheilten Lieutenant Scharizer das Leben rettete und die Berücksichtigung verdient.

\* Wien, 1. Novbr. [Verschiedenes.] Gegen den Anschluß der österreichischen Monarchie an den deutschen Zollverein erheben sich bereits gewichtige Stimmen. — Der Gemeinderath hat zu der Sonntags stattfindenden Feier der silbernen Hochzeit der durchlauchtigsten Eltern des Kaisers eine Gratulations-Adresse beschlossen, welche in feierlicher Audienz in Schönbrunn überreicht werden soll. Der Handels-Verein hat bei diesem erfreulichen Anlasse Stiftungen für Studierende des Bürgerstandes beim Politechnicum auf dem Wege der Subskription beschlossen. An die Armen werden überdies Spenden vertheilt werden.

Zwischen der österreichischen und preussischen Regierung ist mittelst zu Berlin ausgewechselten Ministerial-Erklärungen vom 8. und resp. 30. September d. J. das Uebereinkommen getroffen worden, künftighin in dem Verhältnisse zu Oesterreich und Preußen den Grundsatz anzuwenden zu lassen, daß jeder der beiden Staaten seine ursprünglich Angehörigen, auch wenn sie diese Staatsangehörigkeit nach der inländischen Gesetzgebung verloren haben, auf Antrag des anderen Staates so lange wieder zu übernehmen habe, als sie

nicht diesem anderen Staate nach dessen eigenen inneren Gesetzen angehörig geworden sind. (Klop.)

\* Pemberg, 24. Oktober. [Kriegsgerichtliche Verurtheilungen.] Nach einer Veröffentlichung des General-Kommandos sind mittelst kriegsgerichtlichen Erkenntnisses am hiesigen Orte 36 Personen verschiedenen Standes zur Festungsstrafe verurtheilt, und zwar je nach der Theilnahme an den ungarischen Bewegungen, von 10 Jahren ab und zurück, Gefangenschaft in Eisen oder ohne Eisen u. s. w.

L. Krakau, 31. Oktober. [Politische Beobachtung.] Noch hat Rußland seine Truppen nicht ganz aus Galizien zurückgezogen und schon hat es sich für Krakau einen Beobachter bestimmt, dem in seiner Art eine nicht weniger wichtige Rolle zu Theil werden wird, als es der aktiven Armee zu Theil geworden. Es ist nämlich bereits für Krakau ein russischer Handelskonsul designirt, der schon in Warschau angelangt ist und binnen Kurzem hier erwartet wird. Zur Genüge ist es aber bekannt, daß die russischen Handels-Konsulate außer ihrer scheinbaren offenen Bestimmung noch eine um vieles wichtigere, geheime Mission haben. Besonders haben die Konsulen an Grenzplätzen ganz eigene Pflichten zu erfüllen und in Galizien ist die Wirksamkeit des russischen Konsuls in Brody nur zu sehr berüchtigt, um nicht einer ähnlichen in Krakau mit einer gewissen Aengstlichkeit entgegen zu sehen. Die Erstattung förmlicher Berichte über die politische Stimmung des Landes, über geäußerte liberale oder illiberale Ansichten, ausgesprochene Sympathien oder Antipathien, gehören mit zu den Funktionen der sogenannten Handelskonsulen. In Folge solcher Rapporte wurde plötzlich einem österreichischen Staatsbürger, noch bevor die Grenzsperrre bestand, der Eintritt in Rußland verboten, ohne daß man sich bemüht fand, einen Grund dieses Verbotes anzugeben. Manchmal wurden auch Ausländer auf Veranlassung des Konsuls in Rußland zur Untersuchung gezogen, und erlitten eine Unzahl von Placereien von subalternen Beamten, die in Rußland eine wahre Landplage und besonders der Fluch der Fremden sind. Natürlich läßt sich kein plausibler Grund auffinden, staatsrechtlich Rußland die Anstellung von Konsulen zu verweigern, die man als eine russische Polizei im Auslande betrachten kann. Doch ist es ernstlich nothwendig, das Augenmerk der österreichischen Regierung darauf zu richten, damit diese die österreichischen Staatsbürger vor russischen Uebergriffen bewahre, da es doch nicht annehmbar ist, wie der Leumund bemerken will, daß es aber im Interesse unserer Regierung liege, in Krakau am russischen Konsul einen Allirten zur Ueberwachung der Bösgesinnten und zur Entdeckung etwaiger politischer Komplotte zu besitzen. Vorzüglich ist es aber die Pflicht Preußens, ob nun Rußland allein oder in Verbindung mit Oesterreich durch die Errichtung des russischen Handelskonsulats in Krakau ein Auskunfts-Büreau über alle offen oder geheim gegen das Bestehende irgendwo angeknüpften Konspirationen installiert, gleichfalls einen Handelskonsul hierher zu schicken. Unsere Stadt steht sowohl durch ihre Eisenbahn, wie durch den lebhaften Handelsverkehr in fortwährender Berührung mit Deutschland und besonders mit dem preussischen Schlesien. Es ist also eine Nothwendigkeit für Preußen, sowohl für sich als in seiner Stellung als Leiter des engern Bundesstaats und des deutschen Zollvereins die Handelsinteressen Deutschlands zu wahren und gegen jede etwaige Beeinträchtigung von Seiten Rußlands oder Oesterreichs zu schützen. Auch wird es die nicht weniger wichtige Mission des preussischen Konsuls sein müssen, die geheimen Schritte seines russischen Kollegen zu überwachen und wenn die Nothwendigkeit eintreten sollte, gegen eine Uebertretung seiner Amtspflichten, wie gegen eine Verletzung staats- oder völkerrechtlicher Grundsätze unter was immer für einem Vorwand energischen Protest einzulegen.

### Frankreich.

× Paris, 30. Oktober. [Gerüchte von einem bevorstehenden Kabinettswechsel. Vermischtes.] An der Börse wollte man heute wissen, daß der Präsident der Republik in der verflochtenen Nacht eine Unterredung mit Cavaignac und Armand Marrast gehabt, und daß es sich erstlich um die Bildung eines Kabinetts im Sinne der Linken handle. General de la Moricière soll anstatt Changarniers das Kommando der Nationalgarde und der ersten Militär-Division übernehmen. Wenn ich Ihnen dieses Gerücht mittheile, so ist es keinesweges, um es Ihnen auch zu verbürgen. Wahr ist, daß der Groll des Präsidenten gegen die Führer der Rechten noch immer sehr stark ist, und wie mir versichert wird, sind die H. H. Molé und Montalambert bei dem jüngsten Empfange im Elysée, um mich milde auszudeücken, sehr kalt aufgenommen worden. Der Präsident ist namentlich darüber entrüstet, daß der Verein des Staats-Raths in seiner letzten Sitzung so eigenmächtig über die Portefeuilles zu disponiren gedachte. Troßdem halte ich das Gerücht von den Unterhandlungen des Präsidenten mit der Linken für übertrieben. Der Präsident kann sich mit der Linken nicht verbinden, ohne sich seine natürlichen Sympathien zu entfremden,

und eben so wenig kann er zu den Rechten zurückgehen, ohne sich selbst Gewalt anzuthun; er ist demnach gezwungen, zwischen den beiden Extremen die Mitte zu halten, die, indem sie sich neutralisiren, den Präsidenten in der Schwere erhalten. Allerdings bleiben ihm die Männer des linken Centrums, und diesen gegenüber soll er in der That den Wunsch ausgesprochen haben, daß man ihn seiner gegenwärtigen Haltung wegen nicht der Schwäche anklagen möchte, indem er ihnen zugleich eröffnete, daß er eine kräftige Initiative ergreifen werde, um aus den Verwirrungen des Moments herauszukommen. — Sämmtliche heutige Morgen- und Abendjournale sind bereits auch mit Ministerlisten überfüllt, die sich gegenseitig an Unwahrscheinlichkeit überbieten. Gewiß scheint bei allen diesen Gerüchten nur, daß Dd. Barrot, dessen angegriffene Gesundheit die Beschwerden der gegenwärtigen Position nicht ertragen kann, das Justizministerium aufgeben und die Präsidentschaft des Konseils ohne Portefeuille beibehalten wird. Im Uebrigen scheint die Sprache einiger ultra-konservativen Blätter auch anzudeuten, daß die Rechte an dem Siege in der Schlacht, die sie den Kabinettsmitgliedern des liess-parti liefern will, zweifelt, und daher auch im Augenblicke auf den Kampf verzichtet. Beweis hierfür ist auch, daß die auf gestern festgesetzte Sitzung des Staatsrathsvereins, in welcher über die ministerielle Frage entschieden werden sollte, vertagt worden ist. — England soll den europäischen Mächten eine Note über die sizilianischen Angelegenheiten zugestellt haben. — Die Nachricht von der Note der nordischen Höfe in der Schweizer-Angelegenheit (s. gestr. Br. 3.) wird heute vom „Constitutionnel“ desavouirt.

### Großbritannien.

○ London, 30. Oktober. [Die ungarische Emigration.] Gestern ist der ungarische General Klapka mit dem ehrwürdigen L. Ujhazy hier angekommen. Die Nachricht ihrer Ankunft verbreitete sich bald in der immensen Stadt. Während aber Klapka von dem Auslande so viel Ovation erhält, machen ihm die Ungarn hier und in Paris bittere Vorwürfe; und in der That hätte Klapka mit der uneinnehmbaren Festung Komorn, welche auf so lange Jahre wohl verproviantirt und von mehr als 25,000 gestählter Krieger vertheidigt war, mehr ausrichten können, zumal der Winter vor der Hand jede ernste Belagerung unmöglich gemacht hätte. Jedenfalls sollte Klapka seiner unglücklichen Kameraden gedenken, welche das Kriegsgeschick auf freie Schlachtfelder hingestellt hatte. Als Ungarn den Krieg begann, hatte es lange nicht 25,000 kampfgelübte Truppen. — Ebenso urtheilen die Ungarn über die in Arab hingerichteten Generale anders, als es vom Auslande geschieht. Diese Generale hatten ein in der Geschichte beispielloses Skandal gegeben, indem sie sich mit 170,000 Mann der tapfersten Truppen und mit 3 so starken Festungen an einen erbarmungslosen Feind unbedingt ergaben. Der Verräther Görgey verkaufte sein Vaterland und seine Ehre für die russischen Rubel und aus gemeiner Nachsicht, aber die andern Generale handelten nur aus Dummheit und Feigheit zugleich. Sie haben den schmachlichsten Tod verdient. So sehr man auch die einzelnen Opfer der österr.-russischen Persidie bedauern mag, so können die Freunde der Freiheit nur mit Genugthuung darauf hinblicken, indem sie die eindringlichste Warnung für die Zukunft bieten. — Die auf morgen vorbereitete Ankunft der Königin wird unterbleiben. Dafür beschäftigt das übermorgen beginnende Meeting der „Friedensprediger“ bereits die Neugierde des Publikums. Cobden wird wiederum der Hauptredner sein.

### Niederlande.

Haag, 28. Oktober. [Neues Ministerium.] Nach sechswöchiger Dauer unnützer Versuche, ein leistungsfähiges Kabinet zu bilden, scheint unsere Ministerkrise nun doch ihrem Ende nahe zu sein. Man versichert, daß das neue Ministerium, mit Ausnahme des noch nicht ernannten Marineministers, gebildet sei und aus folgenden Personen bestehe: van Goltstein, Auswärtiges (ohne Vorstoß im Conseil); Thorbecke, Inneres; de Ronders, Justiz; General Splinger, Krieg; van Boffe (bisheriger Finanzminister), Finanzen; Pahu (früher Direktor im niederländischen Indien und jetzt interimistischer Generalsekretär im Colonial-Departement), Colonien. Wenn diese Namenliste richtig ist, so scheint die neue Verwaltung wenig geeignet, die im Schooße der zweiten Kammer sehr mächtige katholische Partei zu befriedigen, da sämmtliche oben Genannte der reformirten Kirche angehören. Wahrscheinlich wird man genöthigt sein, einen Katholiken in das Kabinet aufzunehmen, gleichviel, ob die Kultusministerien beibehalten oder, wozu man entschlossen scheint, beseitigt werden.

\*) Wir brauchen wohl nicht erst zu bemerken, daß der Verfasser dieses Artikels zu der ungarischen Emigration gehört.



# Schweiz.

Basel, 29. Oktober. [Bestrafung von renitenten Geistlichen.] Der Staatsrath hat wegen ihrer Weigerung, die Bettagproklamation zu verlesen, 11 katholische Geistliche für die Dauer eines Monats in ihren geistlichen Funktionen und in Bezug ihres Gehalts vom 27. Oktober bis zum 30. November suspendirt.

# Italien.

\*\* [Aus Florenz und Turin.] Die neulichen Nachrichten der italienischen Blätter von einer baldigen Herstellung der Konstitution in Toskana scheinen etwas zu voreilig gewesen zu sein. Nach den heutigen Meldungen dürften Kammern und Konstitution in Toskana noch lange auf dem Standpunkte der Hoffnung verbleiben. Eben so dürfte die erwartete Amnestie nicht von zu breitem Umfange sein. — Die Deputirtenkammer in Turin setzt, trotz des Rücktritts des Ministers Pinelli, ihre Opposition gegen das Cabinet fort. In der Sitzung vom 25. Oktober verweigerte sie dem Ministerium die Autorisation zur Erhebung der Steuern bis zu Ende des Jahres, weil hiermit die Diskussion über das Budget von 1849, welches von dem Ministerium noch nicht eingebracht ist, ganz illusorisch würde. Mit 102 Stimmen gegen 25 wurde der Kommissions-Vorschlag angenommen, die Autorisation nur auf einen Monat zu ertheilen.

# Lokales und Provinzielles.

§ Breslau, 2. November. [Abreise der Königin.] Heute früh um 6 1/2 Uhr reisten Ihre Majestät die Königin in Gesellschaft Ihrer Majestät der Königin von Sachsen und Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Amalie von Sachsen vor Abgang des gewöhnlichen Morgen-Trains mit einem Extrazuge der oberschlesischen Eisenbahn von hier ab. Die fürstlichen Schwestern hatten, umgeben von ihren Hofdamen, in dem königlichen Eisenbahnwagen Platz genommen, während das übrige zahlreiche Gefolge in einer großen Reihe von Waggons nachfolgte. In dem Grenz-Städtchen Oderberg wird für die hohen Reisenden der k. k. Eisenbahn-Wagen bereit gehalten, um dieselben nach der österreichischen Hauptstadt zu führen.

† Breslau, 1. November. [Versammlung des evangelischen Vereins am 30. Oktober.] Tagespräsident ist Kleffe. Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls über die letzte Versammlung hält zuerst Böhmner den angekündigten Vortrag über die Umstände, durch welche die Reformation angebahnt ist. „Willkürlich, durch welche die Reformation angebahnt ist, habe die Reformation die Form des Geheimnisses. Diese Form verschwindet indes, sobald die Reformation in ihrem geschichtlichen Zusammenhange aufgefaßt werde. In der Reformation selbst, der gottgeordneten! lasse sich die praktische christliche Lehre, die Epöche und der Geist evangelischer Freiheit unterscheiden. Die Reformation sei nach der Seite ihrer Lehre insonderheit durch die heilige Schrift, die Theologie des Bischofs Augustinus und die edlere Mystik des Mittelalters; nach der Seite ihrer Sprache aber vorzugsweise durch das Wiederaufleben des griechischen Christenthums in Italien und Deutschland angebahnt. Gasse man endlich den Geist der evangelischen Freiheit ins Auge: so sei die Reformation nach dieser Seite hin durch die mittelalterlichen Kirchenversammlungen von Pisa, Costanz und Basel, desgleichen durch d'ingenigen angeblichen Häretiker vorbereitet worden, die, obgleich sie sich auf dem frei evangelischen Denkstandpunkte bewegt hätten, von dem herrschenden Clerus unterdrückt seien. Erinnerungen an den Märtyrer Johannes Guss und Hieronymus von Prag. An diese Darstellung knüpfte der Redner die Bemerkung, daß das neunzehnte Jahrhundert kein schaffendes sei, wie das sechzehnte Jahrhundert der Reformation. Das neunzehnte sei ein zerlegendes (kritisches). Er erklärte die Wahrheit dieses Satzes durch die Hinweisung auf die vielen Parteien, wie im Staate, so in der evangelischen Kirche, und richtete an seine Zuhörer die Bitte, zunächst in Beziehung auf die Parteien der Kirche versöhnt zu wirken, damit die letztere, wenn auch erst in der fernsten Zukunft, sich als die einheitliche Gemeinde des Evangeliums gestalte.“ Dann werde die Nachwelt, falls sie gerecht sei, das Urtheil fällen, es habe der evangelische Verein zu Breslau nicht vergebens sein Dasein gehabt.

Darauf hält Weingärtner seinen Vortrag. Er spricht: „Mit Freuden begrüße ich eine Feier, welche das Bewußtsein des göttlichen Ursprungs unserer Kirche in uns neu zu beleben geeignet ist. Mich so dem vorigen Redner anschließend, möchte ich die Reformatoren nicht betrachtet sehen, als die Väter der Reformation, sondern als Werkzeuge Gottes bei derselben und gewissermaßen als Aufsteigen der neugeborenen Kirche. Lassen Sie uns aus diesem Gesichtspunkte die köstlichen Angelegenheiten betrachten, welche sie derselben bei ihrem Entstehen mitgegeben haben. Sie scheinen mir folgende zu sein: 1. Die Befreiung des Gewissens und der Erkenntnis vom Joch menschlicher Annahme. Wenn auch den Verkündigern des Evangeliums unter den Heiden Weisheit gebot, zunächst mit dem äußeren Gehorham gegen priesterliches Ansehen zufrieden zu sein, so war der Druck doch unerträglich, welcher in der römischen Kirche auf dem forschenden Geiste lastete und das Gewissen der Menschen in

seinem Urtheile über Sünde irre leitete. Davon befreiten die Reformatoren und wiesen Jedem an die Rechenschaft vor Gott und seinem Gewissen. 2. Die Innigkeit und Kraft des herzlichsten Glaubens. Aus dem unfreien Zustande, in welchem die Christenheit, der inneren Triebkraft lebendigen Glaubens entbehrend, mit sogenannten guten Werken, welche meist nur Uebung kirchlicher Dienste war, sich begnügte, erretteten die Reformatoren, indem sie uns auf die unverdiente Gnade Gottes hinwiesen, welchen der Mensch durch den herzlichsten Glauben theilhaftig werde, und so die evangelische Kirche nicht als die allein seligmachende, sondern als die Kirche des allein seligmachenden Glaubens darstellten, welcher nicht auf Pergament und Papier, sondern nur auf die Tafeln des Herzens beschrieben werden kann. 3. Der offene Zugang zur heiligen Schrift. Trotz früherer Uebersetzungen derselben in die Landessprachen, war sie dennoch dem Volke unzugänglich, weil ihr Lesen durch die Kirche verboten war und man nur selten eine Bibel im Verborgenen fand. Luther überlegte die Bibel mit tiefem Verständnisse und mit unübertrefflicher Klarheit und Kraft und machte es so Jedem, welcher will, möglich, darin Licht, Kraft und Segen zu finden, und er selbst und die übrigen Reformatoren legten die Schrift fleißig aus. 4. Die freie Verkündigung des Evangeliums in verbesserten Schulen und in geläutertem Gottesdienste. Vor der Reformation war die Volksschule in kläglichem Zustande und der Gottesdienst zwar prunkvoll, aber wenig erbaulich. Predigten in der Landessprache hörte man fast gar nicht, wußte sie nicht einmal zu würdigen. Die Reformatoren begründeten die eigentliche Volksschule, und Luther schrieb seine beiden Katechismen. In der Kirche wurde aus der Messe die Liturgie, und die Predigt stellte sich als Haupttheil des Gottesdienstes gegenwärtig heraus. 5. Die Macht des Liedes. Das Kirchenlied war vor der Reformation lateinisch; das wenige in der Landessprache Gelesene entbehrte der Kraft und Lieblichkeit. Luther wandelte vorhandene Lieder in das Deutsche um und dichtete selbst mit hohem Geiste viele andere. Ihm haben viele Sänger nachgesungen, und die Einwirkung des Kirchenliedes auf die übrige Dichtung ist nicht zu verkennen. — Für solche Gaben der Reformatoren dankend, erkennen wir freudig an, wie Vieles auch in der katholischen Kirche seit den Zeiten der Reformation anders geworden, und wir wünschen, daß beide Kirchen fort und fort sich reformirend, sich einst in einer höheren Einheit finden mögen. Uns aber gilt in Bezug auf evangelische Wahrheit das Wort: Behalte, was du hast, daß dir Niemand deine Krone raube!“

Nachdem nun aus den vorliegenden Anfragen Niemand mehr zu sprechen sich geneigt zeigt, ergreift er selbst noch das Wort. Anknüpfend an eine Aeußerung des ersten Redners sagt er: Unsere Betrübnis ist groß, daß des Erlösers Wort: „es wird eine Herde und ein Hirt werden,“ in unserem gegenwärtigen Jahrhundert nicht in Erfüllung gegangen, daß die Idee von einer höheren Einheit nicht realisiert worden ist, weder Anfangs in der deutschkatholischen noch dann in der evangelischen Kirche. Doch die Zeit wird kommen, wo die Bausteine, welche jetzt auseinanderfallen, sich zu einem herrlichen Bause wieder zusammenfügen werden. Daß mehrere Formen sich gebildet haben und noch bilden werden, ist kein Unglück. Formen trennen uns, aber sie sind etwas Aeußeres. Wenn nur der heilige Geist, der uns eint, darin waltet! Wenn waltet dieser aber? Wenn wir den christlichen Grundsätzen gemäß leben, mit felsenfestem Vertrauen auf Gott. Wir wollen denen, die dazu vorzugsweise berufen sind, die Vervollständigung unserer Glaubenserkenntnis überlassen. An uns Laien ergeht die Mahnung: seid thätig als Christen!

\* Breslau, 2. Oktober. [Stadtverordneten-Sitzung.] Das Prinzip über öffentliche und geheime Sitzungen der Stadtverordneten wurde in der gestrigen Sitzung von der Kommission, welche über die Ludewig'sche Angelegenheit zu berichten hatte, dahin ausgesprochen, daß bei den Sitzungen, in welchen die Deffentlichkeit aus allgemeinem Interesse für die Kommune ausgeschlossen ist, so lange die Verschwiegenheit beobachtet werden muß, als das Interesse es erfordert. Bei den nichtöffentlichen Sitzungen, in welchen aus Sittlichkeitsgefühl, und drittens aus persönlichen Rücksichten die Deffentlichkeit bloß um deswillen ausgeschlossen wird, weil hier besonders die Debatte nicht wohl öffentlich gemacht, wohl aber das Resultat bekannt werden darf, ist eine solche Verschwiegenheit nicht notwendig, es sei denn die Versammlung faßt einen besondern Beschluß; es würden also die nichtöffentlichen Sitzungen, um auch formell dies auszudrücken, in geheimen, wo unbedingte Verschwiegenheit, und in vertraulichen Sitzungen, wo diese Verschwiegenheit nicht notwendig, bestehen. Ueber die Ludewig'sche Angelegenheit haben wir gestern, ohne auf das Sachverhältniß weiter eingegangen zu sein, nur so weit referirt, als es sich um die Beschlußnahme handelte. Es ist daher notwendig, da die Ludewig'sche Rechtfertigungsschrift veröffentlicht worden ist, auch die Hauptpunkte aus dem Kommissions-Gutachten über diese Schrift und über den Kreuzzeitungsartikel in Kürze zusammenzufassen.

Auf zwei Punkte hatte Ludewig seine Rechtfertigung besonders gegründet, einmal, daß er zur Amtverschwiegenheit nicht verpflichtet sei, ihm überdies kein anderer Weg als die Deffentlichkeit übrig geblieben, und dann, daß die Thatsachen richtig seien. Die Kommission erklärte, daß eine geheime Sitzung in sich selbst zerfalle, wenn es dem subjektiven Ermessen des Einzelnen überlassen bliebe, den Gegenstand geheim zu halten oder nicht, daß jedes Magistrats-Mitglied (wie dies auch das Ministerial-Rescript vom 24. Januar 1824 aus-

spricht), Amtverschwiegenheit beobachten müsse, weil die Instruction für den Magistrat, und ausdrücklich die Vocation, dies festsetze. Der Bürgermeister hatte auf Auffordern der Kommission dieser schriftlich erklärt, daß Ludewig in der Magistrats-Sitzung zugegen gewesen, als es beschlossen worden, daß diese Angelegenheit, damit nicht andere Kommunen zuvorkommen und weil eine solche wichtige finanzielle Angelegenheit nicht vorweg in die Deffentlichkeit gelangen dürfe, geheim gehalten werden müsse. Die Erklärung Ludewig's, daß ihm nur der Weg der Deffentlichkeit übrig geblieben, daß er ferner sich in die Debatte der Stadtverordneten nicht hätte einmischen können, wurde weiter durch die schriftliche Erklärung des Bürgermeisters beantwortet, daß Ludewig in der Magistrats-Sitzung, als der Gegenstand vollständig verhandelt worden, nicht den geringsten Widerspruch erhoben, ja seine Zustimmung gegeben. Die Kommission erklärte hierzu, daß Ludewig vorher oder nachher wenigstens den gesetzlichen Weg hätte einschlagen und Protest beim Magistrat niederlegen, ja sogar nöthigenfalls an die Aufsichtsbehörde und an das Ministerium hätte gehen müssen, wenn, wie er sagt, dieses Projekt so unsägliches Unglück bringen dürfte. Er hat dies Alles nicht gethan; Ludewig konnte sich in die Debatte der Stadtverordneten mischen, konnte sich völlig aussprechen, wenn er wollte, denn die geheime Sitzung der Stadtverordneten war nicht bloß eine geheime Sitzung, sondern ausdrücklich als eine gemeinsame Berathung vom Stadtverordneten-Vorstand bei Eröffnung der Sitzung angekündigt worden.

Rückfichtlich der Ludewig'schen Rechtfertigung, „daß durch die Ausführung des Projekts der Stadt unsägliches Unglück erwachsen würde, den finanziellen Ruin bringen und dieses Alles um den sehr zweideutigen Preis, die schlimme Lage der Stadt noch auf einige Zeit zu verdecken, ferner wie einer Grundbestimmung bei Errichtung der Bank, „Beschaffung von Fonds zur Unterstützung des kleineren Gewerbestandes“ hindernd in den Weg getreten werde, wenn die Fonds der Bank in so bedeutenden Summen, wie es jetzt geschehe, der Kammerei-Haupt-Kasse aufheben müsse und letztere zugleich die für die Bank bestimmten Zuschüsse aus dem Bank-Gerechtigkeits-Zilungs-Fonds zurückhalte, — legte der Magistrat eine 4 Bogen lange Schrift bei der Kommission nieder und widerlegte die einzelnen Angriffe Ludewig's. Die Kommission erkannte auch die Aufstellungen dieser Magistrats-Schrift als richtig an. Die Kommission erklärte weiter, daß die Ludewig'sche Vorstellung über das Zuziehen des Vermögens der Institute zu der Bank in entstellter Weise sich kund gebe, indem der Hauptpunkt, „die vorausgesetzte freie Zustimmung der Kuratoren und Vorsteher jener Institute“, in jenem von Ludewig veranlaßten Artikel ganz weggelassen worden.

Auch die von der Stadtverordneten-Versammlung gewährte Remuneration sei von ihm gänzlich entstellt in die Deffentlichkeit gebracht, denn nicht die Aeußerung eines Stadtverordneten, sondern die ganze Verhandlung sei maßgebend; überdies habe der Kammerei-Friedrich in derselben Sitzung sogleich erklärt, daß diese Remuneration eine schon früher für geleistete Dienste, die er auch bezeichnet, zugesicherte gewesen, welche jetzt endlich ausgezahlt werden müsse. Diese in Gegenwart des Magistrats damals gegebene Erklärung hat Ludewig ganz unbeachtet gelassen, obwohl nur in Folge derselben die Remuneration bewilligt worden ist.

\* Breslau, 2. Nov. [Professor Frankenheim.] In Nr. 397 der Oder-Zeitung sind die Leistungen des Professor Frankenheim einer Kritik unterworfen, welche uns aus einer sehr einseitigen Beurtheilung hervorgegangen zu sein scheint. Wir halten uns deshalb für verpflichtet, um einer irrigen Ansicht des Publikums über Frankenheim zuvorkommen. Einiges über die wissenschaftliche Wirksamkeit desselben zu sagen. Da wir niemals seinen Vorlesungen oder Experimenten beigewohnt haben, so können wir nicht aus eigener Anschauung die dort ausgesprochenen Behauptungen widerlegen, aber wir sind im Stande, die andern Seiten seiner Thätigkeit, seine Verdienste in der Wissenschaft zu beurtheilen. Frankenheim hat namentlich in einem Theile der Physik, der Lehre von der Cohäsion, durch seine Untersuchungen bedeutend zur Bereicherung der Wissenschaft beigetragen, und kann darin mit Recht als erste Autorität angesehen werden. Wir führen zur Bestätigung dieser Behauptungen an, daß einer der Cörperphänomene der Wissenschaft, Berzelius, sich zu wiederholten Malen in den anerkanntesten Worten über den Werth seiner Entdeckungen ausgesprochen hat. Da aber dieselben aus der experimentellen Physik hervorgegangen und zwar als ein Theil derselben, der sich durch die Schwierigkeit und die Subtilität des Experimenti-



rens auszeichnet, so können wir füglich dem Urtheil des Publikums die Entscheidung überlassen, ob die in dem erwähnten Artikel ausgesprochenen Befürchtungen wahrscheinlich sind, oder nicht.

† Breslau, 2. Novbr. [Polizeiliche Nachr.] In der Nacht vom 30. zum 31. v. M. hörte der Nachtwächter Mäzke in dem Hause Nr. 34 auf der Schubbrücke ein Geräusch, worauf er die Hausthüre aufschloß, und da er Niemanden fand, sich in den Hof begab. Dort traf er drei mit Paletots bekleidete Männer, von denen er zwar einen erfaßte, doch dieser machte sich wieder frei und entsprang mit den übrigen. Auf den Hüßeruf des Wächters eilten seine Kameraden herbei, von denen der eine einem der Fliehenden zwar den Spieß vorhielt, doch von diesem sofort einen Wurf mit einer Champagnerflasche dergestalt an den Kopf erhielt, daß er seine Besinnung verlor und niederstürzte. Die weitere Nachsicherung im Hause ergab, daß dem Eigenthümer der Keller erbrochen, und daraus die Quantität von 20 Flaschen Champagner entwendet worden war.

Seitens der hiesigen Stadtbau-Deputation werden vom 29. v. bis incl. 3. d. M. bei öffentlichen Bauten beschätzt: 36 Maurergesellen, 6 Steinseher, 17 Zimmergesellen und 196 Tagelöhner.

Der heutige Wasserstand der Oder ist am hiesigen Ober-Pegel 16 Fuß 11 Zoll und am Unter-Pegel 4 Fuß 5 Zoll, mithin ist das Wasser seit dem 30. d. an ersterem um 1 Fuß 3 Zoll, und an letzterem um 1 Fuß 8 Zoll wieder gestiegen.

† (Aus der Provinz.) In dem Dorfe Pilgersdorf im Kreise Leobschütz brach am 26. Oktober Abends um halb 8 Uhr bei einem heftigen Sturmwinde in einer der herrschaftlichen Scheuern des Gutsbesizers von Blumenkron Feuer aus, welches sich so schnell verbreitete, daß in ganz kurzer Zeit sämtliche Dominial-Gebäude, bestehend aus dem herrschaftlichen Schlosse, der Bierbrauerei, der Branntweinbrennerei, dem Gessinbause, Stallungen nebst Wagenremisen, drei Scheuern nebst dem noch fast gänzlich darin befindlich gewesenen Halmgetreide, Heu und Grummet, so wie die Scheuer eines Gärtners mit der diesjährigen Ernte ein Raub der Flammen wurden. Die Entstehung dieses Feuers ist bis jetzt noch nicht zu ermitteln gewesen, und es scheint, daß es durch ruchlose Hand angelegt worden sei.

Δ Riegwitz, 31. Oktbr. [Öffentlicher Suspensions-Akt.] Die königl. Regierung hatte durch eine gestern eingegangene Zuschrift den hiesigen Magistrat für heute Nachmittag 1 Uhr zu einer Sitzung auf das Rathhaus beschieden, um demselben durch den Regierungsrath von Korff eine amtliche Mittheilung zu machen. Obgleich nun von den einzelnen Mitgliedern des Magistratskollegiums mancherlei Gründe als Ursache dieser Zusammenberufung aufgeführt worden waren, so hatte doch am Ende kein Einiges den rechten gefunden, und es war daher für Alle eine eben so große als erschütternde Ueberraschung, als der Regierungsrath-Kommissarius dem Kollegium die Mittheilung machte, daß er beauftragt sei, den Bürgermeister Krüger in Folge einer gegen denselben einzuleitenden Disziplinaruntersuchung vom Amte zu suspendiren. Als Gründe für dieses Verfahren werden in der Suspensions-Schrift dem Bürgermeister Krüger etwa folgende Vergehen zur Last gelegt: 1. Derselbe habe den seit dem März 1848 hierorts stattgefundenen Unruhen nicht mit Energie zu steuern gesucht; 2. derselbe habe sich theilweise für die Beschlüsse der Nationalversammlung erklärt, und 3. sich an der Steuerverweigerung betheiligt. In Betreff der letztern Angelegenheit hat Herr Bürgermeister Krüger bereits vor längerer Zeit bei dem Oberpräsidium der Provinz die Verhorröscenz gegen die hiesige Regierung eingelegt und dadurch bewirkt, daß die Untersuchung gegen ihn von der königl. Regierung zu Breslau geführt werden sollte. Dieser höhere Beschluß ist jedoch später zurückgenommen worden, und sind demnach auch die Untersuchungsakten der hiesigen Regierung zum weitem Verfolge der Angelegenheit wieder zugegangen. Wer während dieser Suspensionsperiode die Direktion des Magistratskollegiums übernehmen wird, ist für den Augenblick noch unbekannt. Das älteste Mitglied, Assessor Bornemann, hat die ihm übertragene Präsidenschaft abgelehnt. Wahrscheinlich wird in Folge dieser Ablehnung die königliche Regierung einen Kommissarius aus der Reihe der Regierungsbeamten für diese Funktion ernennen. Gegenwärtig fehlen im Magistratskollegium 4 Mitglieder: der Bürgermeister, der Kammerer (ebenfalls suspendirt) und zwei abgegangene Rathsherren.

Δels, 30. Oktober. [Ein Mord.] Am Sonntag, den 28. Oktober, wurde früh Morgens im Chaussee-Graben zwischen Bohrau und Peule, nicht weit vom letzteren Orte, ein Mann gefunden, wie die später angestellte Untersuchung ergab, durch einen Schuß, aus geringer Entfernung abgefeuert, ermordet. Am Sonnabend Abend um 11 Uhr ward ein Wagen mit

zwei Pferden ohne Fuhrmann in Schmarke angehalten, an den Wagenleitern zeigten sich Blutspuren. Der Ermordete ist der Sohn eines Holzhändlers aus Distelwitz, Kreis Wartenberg, welcher aus Breslau zurückkehrend, gegen 6 Uhr. bei sich gehabt hat. Bei der Leiche fand man nur einige Silbergroschen. (Fr. Bl.)

## Mannigfaltiges.

— Der Dekonomie-Eleve Hering, der Fleischer-geselle Böttcher und der Handschuhmacher Kressin, sämtlich in Stettin wegen Diebstahl inhaftirt, jedoch wegen Krankheit in das dortige Krankenhaus aufgenommen, entwichen in der Nacht vom 23ten zum 24ten v. M. Um ungehindert fliehen zu können, überfielen sie den Krankenwärter Lemke, verstopften demselben den Mund, banden ihn an Händen und Füßen und bedeckten sein Gesicht mit einem Bettstücke, so daß dessen Tod durch Erstickung erfolgte. Von den Verbrechern sind der Hering und der Böttcher bereits wieder zur Haft gebracht. C. C.

— Aus Waadt wird geschrieben: Ein Naturforscher, Herr Friedrich Guér, hat zu Laiterens, oberhalb la Chisoz, 200 Mammuthszähne gefunden, welche auf einem Thonlager ruhten. Es ist dies der erste Fund von Mammuthskeletten im Becken des Lemans, während sie in den Alluvionen der Nord-Schweiz und des französischen Rhonebettes bis zum Meer sehr häufig vorkommen und überhaupt nach den neuesten Untersuchungen zwischen dem 40. und 73. nördlichen Breitengrade in Europa, Asien und Amerika gefunden werden.

— Für die Elementarlehrer ist endlich ein Hoffnungsstern seltsamer Art aufgegangen. — Der Unterstützungs-Fonds pro 1849 ist um 14,000 Rthlr. gegen 1848 geschmälert worden und als Ersatz wird ihnen die Ehre zu Theil, 1850 56,000 Rthlr. Klassensteuer bezahlen zu dürfen! — Das dankbare Vaterland hat hier wirklich eine sinnreiche Art von Belohnung ausgedacht!

— (Eine Unglücksfamilie.) In Bromberg lebte eine Familie, deren Geschicke und Unglücksfälle so wunderbar sind, daß man die Erzählung derselben, läge nicht die Thatfache offenkundig vor Augen, für erdichtet halten könnte. Solches Geschick hat die Familie des königlichen Unter-Försters von J. betroffen. Der Familienvater selbst ist nämlich vor längerer Zeit bei Ausübung seines Amtes im Walde erschlagen worden, ohne daß lange Zeit der Thäter ermittelt werden können. Seine Frau, eine junge schöne Wittwe, zog damals mit ihren beiden Töchtern nach Bromberg und knüpfte hier mit einem jungen Manne ein Liebesverhältniß an, dessen Frucht ein Töchterchen war. Die eine der erwachsenen Töchter nun verwundete sich vor etwa 1½ Jahren selbst durch zwei Schüsse, und da diese nicht tödtlich waren, machte sie ihrem Leben durch einen Sprung ins Wasser ein Ende, weil ein Verhältniß, das sie zu einem Chirurgengehilfen des 21sten Infanterie-Regiments hatte, aus Mangel an Subsistenzmitteln das gewünschte Ziel verfehlen zu wollen schien. Das jüngste Töchterchen ward, etwa 5 Jahr alt, im vorigen Jahre von der Mutter unter eine Tonne im Keller eingesperrt und mußte einen schrecklichen Hungertod erleiden. Die älteste der Töchter ist jetzt an der Cholera gestorben. Die Mutter aber büßt ihre wohl verdiente Strafe in der drei Meilen von Bromberg gelegenen Strafanstalt Koronowo ab, — und es ist auf diese Weise so auch das letzte Glied dieser Unglücksfamilie aus Brombergs Mauern entschwunden. (Pos. 3.)

— [Das russische Heer.] Ein interessanter Aufsatz in den „Grenzboten“ beleuchtet die schwachen Seiten in der Organisation des russischen Heeres. Wir theilen aus demselben einige Angaben mit. „Die Bewaffnung des Heeres,“ erzählt der Verfasser, „kann nicht getadelt werden. Die Waffenstücke der Infanterie sind sehr gut gearbeitet, schwer und dauerhaft. Die Hauptwaffe der Kavallerie ist die Pike. Kürassiere und Husaren giebt es wenige, Ulanen desto mehr. Sie machen fast drei Viertel der Kavallerie aus, deren Pferde durchgängig vortrefflich sind. Von den Kosaken, welche ein irreguläres Korps bilden und sich selbst equipiren müssen, läßt sich Gleiches nicht sagen. Ihre Waffen sind roh und schlecht, wie ihre tagenartigen Pferde. Sie sind die Leute des Stehlens und der Flucht. In dem polnischen Insurrektionskriege ist nicht ein einziges Mal der Fall vorgekommen, daß Kosaken einen Sieg errungen hätten; dagegen wurden oftmals ganze Kosaken-Regimenter von wenigen Sensenträgern zersprengt und in die Flucht getrieben. Als der polnische General Dwernicki hinter Pulawy mit 3000 uneinperzierten Sensenleuten ohne Artillerie neun russische Kavallerie-Regimenter warf und in die Flucht trieb, waren die drei Kosaken-Regimenter die ersten, welche den Platz verließen. Vor Kanonen halten sie niemals Stand, da bewahren sie gewissenhaft die Ehre ihres Sprüchwortes: „Unsere Pikens sind schrecklich, aber Kanonen lassen sich nicht erstechen.“ Sehr ungebildet sind die russischen Offiziere. Viele können nur ein einziges Wort schreiben, näm-

lich ihren Namen, sonst keins. Bei dem Offiziers-Korps der Kosaken ist der traurige Ruhm, weder lesen noch schreiben, und nur hauen und stechen zu können, ein fast allgemeiner. Durch Unwissenheit zeichnen sich nächst ihnen die Offiziere der Infanterie aus. Allein ihr Dünkel pflegt so großartig zu sein, als ihre Borntheit, daher sie diese unter einem Schein von hoher Gelehrsamkeit zu verbergen suchen. So z. B. erscheinen die russischen Offiziere, welche kein Wort lesen können, sehr gern in Bibliotheken, Buchläden und öffentlichen Lesezimmern. Sie verweilen da lange und betrachten die Titel der Bücher mit einer Miene, als ob ihr Geist den innigsten Antheil hätte. Als ich einen von diesen Herren, welcher in einer Schweizer-Bäckerei neben mir sitzend wohl zwei Stunden lang unter seltsamen Mienenzuckungen in die „Preussische Staats-Zeitung“ gestiert hatte, fragte, was für Weltkunde in dem Blatte zu finden sei, sah er mich Anfangs ganz verblüht an und antwortete dann: „Viel Neuigkeit — wie es so in der Welt zugeht: — in Ungarn hat man gestohlen, in der Türkei sind schreckliche Mordthaten vorgekommen, und England läßt marschiren.“ Nachdem er sich entfernt hatte, sah ich das Zeitungsblatt an und fand, daß es gar keine Artikel aus Ungarn und der Türkei enthielt, und in den zwei englischen Parlamentsreden, welche sich darin befanden, war kein Wort vom Marschiren zu lesen. Die am wenigsten ungebildeten und unwissenden Offiziere im russischen Heere sind die Kurländer. Sie sprechen gewöhnlich mehrere Sprachen, und sind nicht bloß mit allen Fächern der Kriegswissenschaft vertraut, sondern besitzen sogar eine gewisse akademische Gelehrsamkeit. Daher findet man sie vorzugsweise in der kaiserlichen Adjutantur, bei den Gardes und dem Genie-Corps. Sie pflegen aufs schnellste zu den höchsten militärischen Würden emporzusteigen. Ein 35jähriger General, wenn er ein Kurländer ist, ist in Rußland keine Merkwürdigkeit. Leute dieser Art sind Nestrode, Saß, Rüdiger, Dehn, Galligin, Rosen, Geismar, Pahlen, Sacken, Richter. Die am besten ausgerüstete Truppengattung des russischen Heeres ist die Artillerie. Die Geschütze sind vortrefflich gearbeitet und mit allen Vortheilen versehen, welche das westliche Ausland erfunden hat. Allein sie werden ungeschickt bedient, da das Exercitium ein sehr unkultivirtes, schwerfälliges ist und der russische Soldat kein natürliches Geschick besitzt, die Mängel desselben zu beseitigen. Daher kam es, daß Dibiß bei Grochow mit 323 Kanonen nichts gegen die 63 Kanonen der Polen ausrichten vermochte. Die Regierung verwendet große Summen vorzugsweise auf die Artillerie und hat die Zahl der Geschütze zu einer ungeheuren Höhe gebracht. Rußland kann mit Leichtigkeit 400 Geschütze auf einen Kampfplatz außerhalb seiner Grenzen, und 6 bis 700 auf einem innerhalb seiner Grenzen führen. Die Dienstpflicht dehnt sich im Allgemeinen auf 15, in manchen Fällen sogar auf 25 Jahre aus. Selbst dem stärksten Geiste würde aller Lebensmuth bei dem Bewußtsein, 15 oder 25 Jahre lang den Druck einer russischen Krieges-Fahne ertragen zu müssen, verloren gehen. Der russische Rekrut sieht nichts mehr vor sich als ein ewiges Elend; denn nachdem er das Soldaten-Elend so lange ertragen, ist er zu nichts weiter tüchtig, als zum Betteln, oder dasselbe Elend noch weiterhin zu ertragen. Er bleibt daher gewöhnlich bis zu seinem Tode Soldat, und hascht endlich nach dem jämmerlichen Glücke, in eine derjenigen militärischen Klassen versetzt zu werden, welche zur Bewachung der Straßen, der Städte oder ähnlichen ungeschäftlichen Zwecken eingerichtet sind.“ Der Verfasser schließt mit der Ueberzeugung, daß Europa vor Rußlands Heermacht nicht zu zittern brauche. „Rußland besitzt ein großes Heer, das Heer aber keine Seele. Es hat 320,000 Mann auf den Füßen und kann, trifft es richtige Anordnungen, 200,000 Mann mit 4 bis 500 Kanonen über die Grenze schicken; aber gegen eine civilisirte Macht hält diese Horde auf die Dauer nicht Stand.“

P.C. [Ackerbau.] England ist, wie bekannt, in der Viehmästung dem Continent weit vorgeschritten; damit hängt der Bau der Futtergewächse eng zusammen.

In Suffolck baut man jetzt die Mangoldwurzel zu diesem Zwecke in ungemeiner Ausdehnung und mit großem Erfolge. Die Relation ist folgende:

- 1) Mangold oder Turnips.
- 2) Gerste.
- 3) Halbklee, Bohnen oder Erbsen.
- 4) Weizen.

Unserm Ackerbau fehlt bei den großen Flächen hauptsächlich Dünger, und dazu gelangen wir nur durch größeren Anbau der Futterfrüchte.

Interessant wäre es, zu erfahren, ob Mangold bei uns mit Erfolg gebaut wird.

[Die Straßenreinigung Berlins.] Kostet jährlich 120,000 Rthr. In Brüssel ist der Fall umgekehrt; der Unternehmer zahlt 70,000 Franken Pacht. Der Dünger muß also hier weniger gelten oder dessen Anwendung nicht so gesucht sein, als in Flandern, wo der Ackerbau weit über dem unsrigen steht. P.C.



## Inserate.

Die Auktion verfallener Pfänder im hiesigen Stadt-Leihamt wird den  
7ten und 8ten d. M. früh von 9 bis 12  
und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr  
fortgesetzt.

Breslau, den 1. November 1849.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

**Monats-Übersicht der städtischen Bank,**  
**pro Oktober 1849,**  
gemäß § 25 des Bankstatuts vom 10. Juni 1848.

### Activa.

1. Geprägtes Geld	351,293 Thlr. 7 Sgr. — Pf.
2. Königl. Banknoten, Kassen-Anweisungen und Darlehnscheine	53,679 — " — "
3. Wechsel-Bestände	127,180 — 2 — 5 —
4. Ausgeliehene Kapitalien gegen Verpfändung von Courshabenden inländ. Effekten und Waaren im Nom. u. Darwerth von 262,473 Thlr.	— Sgr. — Pf. 181,070 — " — "
5. An die städtische Darlehnskasse	119,050 — " — "

### Passiva.

1. Banknoten in Umlauf	707,000 Thlr. " Sgr. " Pf.
2. Guthaben der Theilnehmer am Giroverkehr	57,428 — 7 — 10 —
3. Depositen-Kapitalien	57,003 — 8 — 9 —

Außerdem sind in Gemäßheit des § 10 im Bank-Statut zur Bildung des Stamm-Kapitals bis jetzt  
311,575 Thlr. in Courshabenden Effekten deponirt.

Breslau, den 31. Oktbr. 1849.

Die städtische Bank-Deputation.

## Konstitutionelle Bürger-Resource.

Um der Ueberfüllung der Winter-Kongzerte abzuheben, werden nach dem Beschlusse der Gesellschaft vom 7. November d. J. ab auf die Familien-Karte nur zwei Familienglieder eingelassen werden. Auch ist Kindern unter 14 Jahren der Eintritt in die Winter-Kongzerte fortan untersagt. Der Vorstand.

## Konstitutionelle Bürger-Resource.

Tagesordnung zum 5. November d. J.

1. Die Kirchenfrage.
2. Die deutsche Frage.
3. Das Gewerbegesetz vom 9. Februar d. J.

**Anerkennung und Protest der Katholiken von Breslau, in Beziehung auf die Beschlüsse der ersten Kammer in der Kirchen- und Schulfrage.**

### So he Kammer!

Wenn die erste Kammer 1) durch die von ihr beschlossene Abänderung und Erweiterung des Art. 11, einerseits dem Atheismus die auch von uns\*) gerügte Berechtigung und Duldung im Staate entzogen, andererseits den religiös-bürgerlichen Einrichtungen die christliche Grundlage gewährleistet hat, wenn sie 2) durch den zum Art. 21 gemachten Zusatz die Konfessionsschulen möglichst gewahrt wissen will, so können wir für diese wirklichen Verbesserungen der Verfassung vom 5. Dezember 1848 nur unsere Anerkennung aussprechen. Aber wir sehen uns durch die übrigen auf die Art. 11—23 sich beziehenden Beschlüsse in unseren gerechten Erwartungen bitter getäuscht. Was unser hochberzogener und gerechter König in den beiden Art. 12 und 13 als zwei schätzbare Perlen der wahren kirchlichen Freiheit und Selbstständigkeit uns verliehen; was die königliche Regierung in dem Drei-Königs-Entwurf gegen das Anfechten Baierns, welches, nach dem Vorgange der frankfurter Nationalversammlung, unfeigen Anstehens, die Kirche in Deutschland „den allgemeinen Staats-Gesetzen unterworfen wissen wollte“, aus Artikel 12 fern gehalten; was ferner die ministeriellen „Erläuterungen“ in dem von der Umsturzpartei der Berliner Verfassungs-Kommission adoptirten, zwischen „innern“ und „äußern“ Angelegenheiten der Kirche distinguirenden Bekehrungs-Amendement, als ungeeignet verworfen; was endlich unsere preussischen Bischöfe in dem Art. 12 nicht als ein Geschenk, sondern als eine Wiederherstellung des Rechtes in Anspruch genommen haben: das Alles gedenkt die erste Kammer uns wieder zu rauben. Sie will der kaum erst als frei erklärten Kirche die alten Ketten von neuem schmieden und anlegen helfen, es nicht bedenkend, daß gerade diese Ketten es gewesen sind, wodurch der Staat und in ihm das Volk

\*) In der Denkschrift u. s. w.

durch die allmählig herangereifte Entchristlichung an den Abgrund gerathen ist. Sie hat nach dem Vorhabe der Paulistirche

- 1) die Selbstständigkeit der Kirchenverwaltung auf die innern Angelegenheiten beschränkt;
- 2) die Verwaltung der äußern Angelegenheiten unter die Mitwirkung des Staats und der bürgerlichen Gemeinde gestellt;
- 3) den der Kirche gewährleisteten Besitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds, durch den Zusatz: „so weit sie darauf ein Recht hat oder erwirbt“, auf unsicheren Boden gestellt.
- 4) den Art. 15 in Ansehung des aufgehobenen Vorschlags, Wahl- und Bestätigungs-Rechtes des Staates bei Besetzung kirchlicher Stellen verstimmt;
- 5) bei dem Art. 16 über die dem Civilstande nachgesetzte kirchliche Trauung eine Abänderung nicht für nöthig erachtet und somit den Widerspruch dieses Artikels mit dem im Art. 11 und 12 gewährleisteten Religions- und Kirchenfreiheit nicht aus der Verfassung entfernen wollen;
- 6) die von den deutschen und respektive preussischen Bischöfen in ihren Denkschriften beanspruchte und aus dem Art. 12 als Ausfluß ihrer Selbstständigkeit gefolgerte, unbedingte Unterrichtsfreiheit für die Kirche nicht gewährleistet.

Das sind die Wohltaten, die unsere Volksvertretung in der ersten Kammer die Kirche in Aussicht stellt. Wir unterzeichnete Katholiken von Breslau sehen und verpflichten, in dem Gefühl wahrer Volks- und Vaterlandsliebe, die den Frieden herbeiwünscht, gegen diese beklagenswerthen, den Gesinnungen des Königs, seiner Regierung und der preussischen Bischöfe entgegenstehenden positiven und negativen Beschlüsse der ersten Kammer offen und entschieden zu protestiren, und die von den Bischöfen gestellten, aus der Verfassung selbst gefolgerten Forderungen auch zu den unsrigen zu machen.

Wenn wir zurückblicken auf die Wirksamkeit der nach den Märzstürmen und gewordenen Volksvertretungen in der preussischen und frankfurter Nationalversammlung, und in den späteren und jetzigen preussischen Kammern, so bringt sich uns zu unserm großen Schmerz die Ueberzeugung auf, daß das christliche Volk der verschiedenen Konfessionen die Vertretung seiner heiligsten Interessen bis jetzt in diesen Körperschaften nicht nur nicht gefunden hat, sondern daß demselben sogar entgegengearbeitet worden ist. Unsere Blicke sind nur noch auf die zweite Kammer hin gerichtet, von der wir in der Kirchen- und Schulfrage gerechtere Beschlüsse erwarten, wenigstens nicht fürchten, hier abermals ähnliche herbe Erfahrungen zu machen.

Breslau, den 20. Oktober 1849.

Die Katholiken Breslau's.

### Theater-Nachricht.

Sonnabend, 31te Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum vierten Male: „Hofenmüller & Fink“, oder: „Abgemacht.“ Lustspiel in 5 Aufzügen von Dr. Carl Böper.

Sonntag, 31te Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. „Der Tempel und die Jüdin.“ Große Oper mit Tanz in 5 Akten, Musik von Heinrich Marschner.

H. 5. XI. 6 1/2. R. □ III.

K. 5. XI. 6. Conf. □ I. II. III.

### Entbindungs-Anzeige.

Die heute früh erfolgte, glückliche Entbindung meiner lieben Frau Marie, geborenen Schenck, von einem gesunden Knaben, zeige ich, statt jeder besonderen Meldung, hiermit ergebenst an.

Hamslau, den 31. Oktober 1849.

Braune.

### Todes-Anzeige.

(Statt jeder besonderen Meldung.) Heute entschlief nach sechsstündigem Leiden an der Cholera mein innig geliebter jüngster Sohn Alexander, im Alter von 1 1/2 Jahr. Nieder-Priesen, den 31. Oktober 1849.

Abelheid, verw. Langer, geb. Pipow.

### Todes-Anzeige.

Des Herrn Hand hat mich tief gebeugt und mein Herz mit einem unendlichen Wehe erfüllt: heute früh 3 Uhr erlag meine innig geliebte Frau, Ida, geb. Nachrich, in einem Alter von 28 Jahren, nach einem glücklich überstandenen Wochenbett, den Folgen eines jahrelangen, schweren Lungenleidens. Ihr Ende war ruhig und sanft.

Allen entfernten Freunden und Bekannten widme ich, statt jeder besonderen Meldung, diese Trauer-Anzeige, mit der Bitte um stille Theilnahme.

Nieder-Priesen, den 1. Novbr. 1849.

Wartsch, Pastor,

in seinem und aller Angehörigen Namen.

### Todes-Anzeige.

Nach kurzen aber schweren Leiden endete am 1. d. M. der Lokomotivführer J. Funke in Folge einer Verletzung durch die Maschine seine irdische Laufbahn. Diese traurige Anzeige widmen Allen, die den Verbliebenen kennen:

die Lokomotivführer der ober-schlesischen Eisenbahn in Breslau. Die Beerdigung findet Sonntag den 4ten, Nachmittags 3 Uhr, Flurstraße Nr. 5, statt.

### Für Besorgung

telegraphischer Depeschen empfiehlt sich:

Bernhard Herrmann,

in Frankfurt a. M., Lange Straße Nr. 38.

### Dankagung.

Allen denjenigen, welche durch die Errichtung eines Denkmals Ihre Liebe zu unsern verstorbenen Bruder Emil so herrlich und dauernd bekundet haben, sagen wir hiermit unsern tiefgefühlten Dank. Die Geschwister Pürschke.

Bei A. Leuckart in Böhlaus ist so eben erschienen und bei Aug. Schulz u. Comp. in Breslau, Altküsterstraße 10, an der Magdalenenkirche vorrätig:

**Freie christliche Reformation-Predigt zum Andenken an den 1. Oktober 1844, gehalten Sonntag den 30. September 1849, von Karl Erdmann, frei-christl. Prediger zu Gubrau. — Preis: 2 Sgr.**

Bei A. Hofmann und Comp. in Berlin ist erschienen und in allen Buchhandlungen, in Breslau bei Ignaz Kohn, Schneidniger und Jankensstr.-Ecke Nr. 50 zu haben: **Humoristisch-fatyrischer Volkskalendar des Kladderadatsch für 1850.** Herausgegeben von D. Kalisch.

Verfasser von 100,000 Thaler. — Berlin bei Nacht. Mit Illustrationen von Scholz. Eleg. geb. Preis 10 Sgr.

Meine deutsche, französische und englische Lesebibliothek, so wie die damit verbundenen Journale und Bücher-Leser-Zirkel empfehle ich zur gefälligen Benutzung. Wiedererleiher können größere Partien erhalten. E. Neubourg, Elisabethstr. 4.

## Flehende Bitte!

Bei jetzt so kummervoll nachtröster Zeit bittet (so schwer es ihm fällt) ein ohne sein Verschulden, bei stets guten Führungs-Attesten, und sehr guten Empfehlungen, armer brotloser Familienvater — durch herbe Schicksale hart heimgeführt, an dem Krankenbette seiner schon lange kranken Frau und Kind, ohne Hilfe, Arbeit und verlassen — ein menschenfreundliches Publikum von hier und auswärts, ihm bald hilffreich mit Beschäftigung im Schreiben und dergl., aber am liebsten mit einer festen Broterwerbs-Stellung zum Unterhalte der Seinigen freundlichst zu nähern, Jedwem hilffreichen Auftrage bei pünktlicher als korrekter Ausführung, harret in Demuth entgegen R. K. am Neumarkt Nr. 39 1 Etage hinten heraus.

Ein und eine halbe Meile von Breslau ist eine Fleischerei, auch für einen andern Geschäftsmann, mit auch ohne Ackerland zu verpachten. Näheres Mathiasstr. Nr. 67.

### Holz-Verkauf

#### von Schiffbau-Eichen.

In den königlichen Forstrevieren Pfeisterwitz, Nimkau und Schöneiche sind eine bedeutende Quantität starker, zu Schiffbauholz geeigneter Eichen, im Ganzen circa 7 bis 800 Stück, ausgezeichnet, welche zum öffentlichen Verkauf auf dem Stamme bestimmt sind.

Der Angebots-Termin wird

- 1) für das Revier Pfeisterwitz (für die dortigen 500 Stück Eichen), Kr. Ohlau, am 10. Nov., Morgens 10 Uhr, in Pfeisterwitz durch unseren Kommissarius, Regierungs- und Forst-Assessor Pfeil;
- 2) für das Revier Nimkau, Kr. Neumarkt, am 21. Nov., Morgens 10 Uhr, in Leubus;
- 3) für das Revier Schöneiche, Kr. Böhlaus, am 22. Nov., Morgens 10 Uhr, in Schöneiche

durch unsern Kommissarius, Forstmeister Wagner abgehalten werden. Kauflustige, welche die Eichen vorher in Augenschein zu nehmen beabsichtigen, wollen sich ad 1 bei dem königl. Oberförster Krüger in Pfeisterwitz, ad 2 bei dem Oberförster Schönn in Nimkau (Eisenbahn-Station), ad 3 bei dem königl. Oberförster Wagner in Schöneiche bei Böhlaus melden, bei welchen auch die speziellen Verkaufs-Bedingungen einzusehen sind.

Ein Drittel des Kaufpreises ist in dem Termin sofort mindestens zu berichtigen. Breslau, den 1. November 1849.

Königliche Regierung.

Abtheilung für Domainen, Forsten und direkte Steuern.

### Bekanntmachung.

Die Vormundschaft über unsere zeitherige Pflegebefohlene Pauline Maliezet, verheiratete Polizei-Sekretär Krzewitz zu Dypeln, welche am 1. Juli 1849 die Volljährigkeit erreicht hat, wird fortgesetzt und es bleibt daher deren Vermögen unter vormundschaftlicher Verwaltung, die Pflegebefohlene selbst aber in der Disposition darüber wie zeither beschränkt.

Ober-Slogau, den 22. Oktober 1849.

Königliche Kreis-Gerichts-Deputation.

### Steckbrief.

Gegen den unten näher bezeichneten, früher bei der hiesigen christkatholischen Gemeinde angestellt gewesene Prediger Franz Schmidt ist die gerichtliche Voruntersuchung wegen Hochverraths- und Aufzucht-Verluchs eröffnet. Derselbe ist nach Erledigung seines Mandats bei der deutschen National-Versammlung zu Frankfurt a. M. in seine Heimath nicht zurückgekehrt und der Flucht verdächtig. Alle

Civil- und Militärbehörden des In- und Auslandes werden ersucht, auf denselben zu vigiliren, im Betretungsfalle ihn festzunehmen und mittelst Transports in das hiesige Stockhaus abliefern zu lassen. Es wird die ungesäumte Erstattung der dadurch entstandenen baaren Auslagen und den Behörden des Auslandes eine gleiche Rechts-Willfährigkeit versichert!

Börsenberg, den 30. Oktober 1849.

Königliches Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Der Untersuchungs-Richter.

(gez.) Förster.

Signalement: Familienname: Schmidt; Vorname: Franz; Geburtsort: Salzbrunn; Aufenthaltsort: unbekannt, dem Gerichte nach zuletzt Karau in der Schweiz; Religion: christkatholisch; Alter: 31 Jahr; Größe: fünf Fuß vier Zoll; Haare: schwarz; Stirn: frei; Augenbrauen: schwarzbraun; Augen: braun; Nase und Mund: gewöhnlich; Bart: starker schwarzer Fimbart; Zähne: gut; Kinn: bewachsen; Gesichtsbildung: oval; Gesichtsfarbe: blaß; Gestalt: schlank; Sprache: deutsch; besondere Kennzeichen sind nicht bekannt; Bekleidung kann nicht angegeben werden.

### Makulatur-Auktion.

Freitag den 9. d. M. Nachmitt. 2 Uhr sollen in Nr. 15 Ritterplatz (Appellat.-Gerichts-Gebäude)

200 1/2 Ctr. kassirte Akten zum Verkauf, 19 Ctr. Akten-Deckel und 28 1/2 Ctr. kassirte Akten zum Einstampfen, gegen sofortige Zahlung versteigert werden, wobei bemerkt wird, daß der Ankauf der zum Einstampfen bestimmten Akten nur den Papier-Fabrikanten gestattet ist.

Breslau, den 2. November 1849.

Hertel, Kommissionsrath.

### Auktions-Anzeige.

Dinstag den 6ten d. M., Vormitt. 9 Uhr, soll mit der Versteigerung der verschiedenen Nachlaß-Gegenstände in Nr. 15 Ritterplatz fortgefahren werden.

Breslau, den 3. November 1849.

Hertel, Kommissionsrath.

## Museum.

Neu aufgestellt:

Brantleute vor dem Pastor, Original-Deilmalerei von Carl Hubner in Düsseldorf. F. Karst.

### Bekanntmachung.

Den geehrten Mitgliedern des Sonnabend-Kränzchens machen wir hiermit bekannt, daß heute Sonnabend den 3. November das erste Kränzchen im schwarzen Adler, Mathiasstr. Nr. 25, beginnt.

### Die Vorsteher:

R. Boigt. R. Nikolaus. F. Winter.



